

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 171.

Montag, den 24. Juli 1916.

23. Jahrg.

Wie schließt man Frieden?

Die Schwierigkeiten.

In dem so bemerkenswerten Abschiedswort Sir J. des Redakteurs des „Economist“, wird auch auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die die Verhandlungen haben werden, die den Frieden herbeiführen sollen. Auf einen sehr wichtigen Punkt hat damit der hervorragende englische Finanzjournalist geachtet. Der gegenwärtige Krieg ist in jeder Hinsicht etwas so Unerhörtes, etwas so Kompliziertes, er ist durch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen, wie durch die Zusammenbrüche des Völkerrechtes, für alle kriegsführenden Teile unsäglich verwickelt worden, so daß das Friedenwerden ganz außerordentlich erschwert wird. Die gewaltigen militärischen Erfolge, die aber zur Niederwerfung seines Hauptgegner geführt haben, erwecken unerfüllbare Forderungen in den erfolgreichen Nationen und die Hartnäckigkeit der oft geschlagenen, aber sich nicht besiegten feindlichen. Die innige internationale Verflechtung aller wirtschaftlichen Interessen in der kapitalistischen Periode, das mannigfache Hineingreifen der Staatsgewalten in private Eigentumsinteressen, die Anzahl von Kombinationen, die sich ergeben haben, erschweren die Arbeit der Friedensunterhändler ganz außerordentlich. Diese leiden auch darunter, daß in der Weltgeschichte vergeblich ein Vorbild für einen so schwierigen Friedensschluß gesucht wird. So wie dieser Krieg etwas durchaus neues gebracht hat, so werden auch den Friedensschließenden ganz neue Aufgaben gestellt.

Bermittler.

Immer bedeutender wird in der Kriegführung unserer Tage das wirtschaftliche Moment, wie das ja auch Sir J. in seinem Abschiedswort im „Economist“ klargestellt hat. Deshalb ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Diplomaten gar keine besondere Sehnsucht empfinden, die harten steinigen Wege zum Parquet der Friedenskonferenz zu gehen, um dort zahlreiche Fragen zu erledigen, die ihnen nicht gerade geläufig sind. Es ist deshalb der Gedanke durchaus nicht abzuweisen, daß dieser Krieg, den die Technik fast mehr wie die Generale in die Länge gezogen haben, von den Finanzleuten und nicht von den Diplomaten beendet wird. Deutschland scheint da mit gutem Beispiel vorgegangen zu sein, als es Herrn Dr. Helfferich die wichtigste Stellung neben dem Reichskanzler einräumte, so daß er in den letzten großen Debatten im Reichstage über die auswärtige Politik mehr Reden hielt, als Herr Jagow, der Staatssekretär des Auswärtigen, kurze Sätze sprach. Man hätte gegen diesen Tausch nicht allzuviel einzuwenden, wenn man auch gewünscht hätte, daß die alldeutschen, höchst undiplomatischen Beleidigungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom Bundesratspräsidenten deutlich und würdevoll zurückgewiesen worden wären. Es hat niemand ein Interesse, daß in Betracht kommende Friedensvermittler unfreundlich behandelt werden. Man hat alle Veranlassung, zu wünschen, daß dieser Fehler nicht nochmals gemacht wird. Kein Staat der Welt ist durch die Kriegslage und durch seine wirtschaftliche Position so stark, daß er für alle Zukunft auf die guten Dienste eines Friedensvermittlers verzichten könnte. Gerade jetzt geht in Berlin wieder das Gerücht, daß das Staatssekretariat der Vereinigten Staaten von seinen „Vertrauensleuten“ genaue Auskunft über die inneren Zustände der im Kriege befindlichen Staaten verlangt habe. Wieder, wohl zum vierten Male, scheint Präsident Wilson den Versuch einer Friedensvermittlung zu machen. Auch in Amerika fühlt man jedenfalls, daß sehr viel Geduld, ein reichliches Maß von Ueberwindung notwendig ist, den Frieden zu vermitteln, und daß man ohne neue Wege nicht zu dem so ungeheuerlich verammelten Ziele kommen kann.

Auch vom König von Spanien heißt es, daß er den nächsten Ruhepunkt in den großen militärischen Operationen zum Anlaß nehmen will, seine guten Dienste als Friedensvermittler anzubieten. Es wird behauptet, daß er als Vorkämpfer aller neutralen Staaten Europas seine Aufforderung an die kriegsführenden Mächte soll. Ganz vor kurzem sollen in Bern die Vertreter der neutralen Mächte mit dem Chef des auswärtigen Departements des Schweizerischen Bundesrats über die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Neutralen verhandelt haben. Dort könnte man sich entschieden haben, den König von Spanien mit dem neuerlichen Versuch einer Friedensvermittlung zu beauftragen.

Es hieße offenkundiger Tatsache Gewalt antun oder eine kindische Bum-Bum-Politik treiben, wollte man behaupten, daß Deutschland bereit ist, noch hundert Wochen Krieg zu führen, wie unlängst von einem tiefen Journalisten behauptet wurde. Weit weniger als Deutschland können Rußland und Frankreich auch nur im Entferntesten denken, den Krieg lange fortzusetzen. So sehr man erkaunt ist über die Leistungsfähigkeit Frankreichs, so steht es doch vor der Erschöpfung seines Menschenmaterials, Rußland steht vor dem finanziellen Zusammenbrüche und in England weiß man nur zu gut, daß die großen Läden, die die letzte Offensive gerissen hat, wohl noch einmal geschlossen

werden können, daß aber Englands Nachschubmöglichkeit sehr begrenzt ist.

Die ganze Welt dürstet nach Frieden, die ganze Welt weiß, daß niemandes Erwartungen durch diesen Krieg erfüllt werden können. Für alle gilt es, sich zu bescheiden. Aber sie alle finden nicht den Weg zu einander. Deshalb bedarf es des Vermittlers, deshalb darf man den Vermittler nicht abstoßen. Man darf ihn sicherlich auch nicht heranziehen, heranziehen, weil er ja dann das Vertrauen der anderen verlieren könnte. Gerade deshalb ist die Aufgabe des Vermittlers so schwierig, deshalb erfordert sie so viel Takt, Klugheit, geduldige Zurückhaltung und geschickte Wahl des Augenblickes für sein Hervortreten. Man kann ihm nicht helfen, er muß selbst den Weg suchen und verständig auftreten. Aber Steine braucht man ihm nicht in den Weg zu werfen, Zerklüfter darf man nicht vor ihm tanzen lassen. Die Welt dieser Kriegszeit ist an nichts ärmer als an Personen, die durch Ansehen, Stellung, Fähigkeit, Erfahrung und Beruf zum Vermittler geeignet sind. Mit diesen wenigen soll man sparen, denn sind sie aufgebraucht, so wird man keinen Ersatz gewinnen können.

Vielleicht sind gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht nur, weil sie die größte, vom Kriege unberührte Macht sind, zu dieser Friedensvermittlung besonders geeignet, sondern auch deshalb, weil für dieses Land die alten diplomatischen Methoden nicht so maßgebend wurden, als für die Staaten des alten Europas. Wenn einmal ein deutscher Diplomat von seinen amerikanischen Kollegen gesagt hat, daß sie gewöhnt sind, händelmäßig ihre Geschäfte zu führen, so muß das bei schwerer Arbeit durchaus kein Nachteil sein. Da können wohlgepflegte Hände oft sehr ungeeignet sein. Ob händelmäßig oder nicht, das wichtigste ist, sich nicht an alle Vorurteile klammern zu wollen, schon deshalb, weil es für diesen Krieg und noch viel weniger für den kommenden Friedensschluß Vorbilder in der Geschichte und auch nicht in der Praxis der Diplomaten gibt. Der westfälische Friede und der Wiener Kongreß können noch so genau studiert sein, und man kommt nicht zu den Methoden, um diesem Krieg ein Ende zu bereiten.

Keine Vorbilder für den Friedensschluß.

Niemals war die Welt so groß, niemals war sie vom Kriege so entflammt, als in den zwei Jahren, die hinter uns liegen, die tiefer in der Geschichte der Menschheit eingemeißelt sind, als irgend welche Kriegsjahre. Weit stärker werden sie noch nachwirken als der 30jährige Krieg und die beiden großen Kriege, die die napoleonische Epoche beendeten. Der 30jährige Krieg endete mit der vollkommenen Erschöpfung der kriegsführenden Nationen, vor allem Deutschlands, mit einem Vergessen der meisten Kriegsziele, die aufgestellt waren. Verblüfft war alles, was zum Kriege geführt hatte, der Krieg hatte von selbst abgeflaut und er wurde nicht mehr mit vollem Ernste geführt, als in Münster und Osnabrück über seine Beendigung beraten wurde.

Weit näher, vor allem auch zeitlich näher, liegt der Vergleich mit dem Wiener Kongreß, der nach den Befreiungskriegen, nachdem Napoleon nach Elba gefandt wurde, Europa und vor allem Deutschland und Italien neue Gestalt geben sollte. Aber auch hier versagt der Vergleich und damit die geschichtliche Lehre! Nicht zwei großmächtige Koalitionen wie in diesem Weltkrieg standen sich gegenüber, sondern ganz Europa in den spanischen Freiheitskämpfen bis zu den Kosaken des Jaren kämpften gegen Napoleon. Der napoleonische Weltmachtgedanke war gebrochen, Paris war erobert, der Schlachtenkaiser verbannt und Ludwig XVIII. wurde eingesetzt, das Lilienbanner der Bourbonen war an Stelle der Tricolore gehißt. Der Krieg war zu Ende, als man in Wien begann auf dem Kongresse über den Frieden zu verhandeln. Dieser Friedenskongreß kam aber zu keinem Ergebnis, er endete mit neuem Kriege infolge der Rückkehr Napoleons von Elba. Es war nicht abzusehen, wann dieser Kongreß sein natürliches Ende gefunden hätte, wenn nicht Engländer und Preußen in der Schlacht von Waterloo endgültig Napoleon besiegten hätten.

Also aus der Geschichte können wir nicht lernen, wie dieser Krieg beendet werden kann, nicht einmal die Frage kann die Geschichte beantworten, ob während eines Waffenstillstandes über den Frieden verhandelt werden wird, vielleicht wird der Krieg mit unverminderter Schärfe, mit allen Waffen und auf allen Kriegsschauplätzen geführt werden bis an den Vorabend des großen Tages, an dem der Friede die Unterhändler der beauftragten Unterhändler finden wird. Natürlich kann man darüber nur Vermutungen haben, aber auch über diese zu sprechen, scheint nicht unnütz.

Waffenstillstand.

Ein Waffenstillstand vor dem Beginn der Friedensverhandlungen ist dann verhältnismäßig leicht möglich, wenn das Kriegsergebnis im wesentlichen unzweifelhaft feststeht. Das ist der Fall, wenn rein militärische Erfolge die Entscheidung herbeigeführt haben und die Schwächung des Gegners so vollkommen ist, seine eigenen Hilfsmittel erschöpft und sein Vertrauen auf fremde Hilfe verpöht ist.

Dann kann der siegreiche Teil, der ja auch aus einem Waffenstillstand Vorteile zieht, diesen gewähren. Schon in der Gewährung des Waffenstillstandes kann der obliegende Teil sein Uebergewicht und seine Fähigkeiten, den Friedensvertrag nach seinen Wünschen zu gestalten, zum Ausdruck bringen. Trotz aller militärischen Erfolge, die sich an die Waffen Deutschlands und seiner Verbündeten knüpfen, ist diese Voraussetzung für den Waffenstillstand kaum gegeben und auch in absehbarer Zeit nicht zu gewärtigen. In diesem Kriege, der nicht zuletzt ein Wirtschaftskrieg ist, wie wenige vorher, kommt nicht nur das rein militärische Moment bei dem Abschluß eines Waffenstillstandes in Betracht. England wird bei der Frage des Waffenstillstandes kein Streben, Deutschland wirtschaftlich abzulassen und die Zufuhr bis zum Ende des Krieges nach Möglichkeit zu hemmen, im Auge behalten. England will auch die zahlreichen deutschen Schiffe in neutralen, insbesondere in amerikanischen Häfen der deutschen Marine und dem deutschen Handel vorenthalten, so daß ihre militärische und wirtschaftliche Ausnutzung im Rahmen des Krieges ausgeschlossen bleibt. Hierzu kommt noch eine Reihe weiterer Momente, die zu erörtern hier nicht notwendig ist.

Nur ein Gesichtspunkt sei noch hervorgehoben: Beginnen die Friedensverhandlungen, so wünscht man nicht, diese zu lange auszudehnen, der Krieg, so viele Menschenopfer er auch kosten wird, engt die Verhandlungen vielleicht ein, der Waffenstillstand dehnt sie vielleicht aus und steigert dadurch mit bewußter Absicht der Unterhändler einer Partei die finanziellen Lasten. Man muß bei der Schwierigkeit, die sich dem Abschluß dieses Krieges entgegenstellen, mit langwierigen Vorverhandlungen, mit mancherlei Kämpfen hinter den Kulissen, mit dem ununterbrochenen Streben nach der Täuschung des Gegners, mit großprügiger Betonung des Kriegswillens und Leugnung der Friedensnotwendigkeit rechnen.

Ein „Wiener Kongreß“?

Dann ist die große Frage, wie soll verhandelt werden? Soll wieder ein Wiener Kongreß stattfinden, kann man wieder mit allen möglichen Intrigen, mit allen denkbaren Kombinationen von Kriegsgegnern während der Friedensverhandlungen rechnen? Erwägt man die Gefahr, daß während der Friedensverhandlungen die Verwirrung wächst und die Schwierigkeiten gesteigert werden? Uns scheint, daß niemand nach einem Kongresse nach dem berühmten Vorbilde eine starke Sehnsucht empfinden dürfte.

Wenn aber ein derartiger Friedenskongreß nicht stattfinden soll oder bloß zur formellen Unterfertigung des Friedenswerkes einberufen werden soll, dann entsteht die Frage, wie denn sonst verhandelt werden könne. Man empfahl Verhandlungen von Staat zu Staat. Aber das scheint einigermassen unwahrscheinlich, denn derartige getrennte Verhandlungen erzeugen leicht starkes Mißtrauen und gefährden das gesamte Ergebnis. Es sind zu viele Fragen, die nicht bloß mit einem Gegner zu entscheiden sind, wenn mehrere Gegner in Frage kommen.

Bei diesen Erwägungen kommt einem in Erinnerung ein Satz aus Heinrich von Treitschkes Deutscher Geschichte: „Ein Diplomatenkongreß kann niemals schöpferisch wirken; genug, wenn er die offenbaren Ergebnisse der vorangegangenen kriegerischen Verwicklungen leiblich ordnet und sicherstellt.“ Es gibt mancherlei Anhaltspunkte, daß man auch gegenwärtig zu den Diplomaten, die aus der Vorgeschichte des Krieges nicht großen Ruhm heimtrugen, kein all zu starkes Vertrauen empfindet. Vielleicht geht deshalb unsere Vermutung nicht in die Irre, daß Herr Dr. Helfferich einen größeren Einfluß bei den Verhandlungen haben wird, als Herr von Jagow, ja, daß die „Geschäftsleute“ ein gewichtigeres Wort in die Waagschale werfen werden, als die berüchtigten Diplomaten.

Friedensvermittler — Friedensschlichter?

Wie dieser Krieg Formen und Methoden angenommen hat, wie kein vorangegangener Krieg, könnte auch der Friedensschluß durch eine besondere Eigenart gekennzeichnet sein. Vielleicht ist gerade in diesem Krieg der Friedensvermittler in viel höherem Maße notwendig, als bei früheren Interventionen, wo es bloß galt, die Besiegbaren zusammen zu bringen und man sie sonst im wesentlichen sich ganz allein überlassen konnte. Es scheint uns möglich, daß der Friedensvermittler durch seine Vertreter in den Hauptstädten aller kriegsführenden Staaten gleichzeitig verhandeln läßt, daß er ununterbrochen die Erklärungen der Parteien ausstauscht, daß er in einer Zentrale die Berichte seiner Vertreter in den Hauptstädten ununterbrochen empfängt und immer wieder neue Instruktionen erteilt.

Es liegt uns durchaus ferne, Voraussagen zu wagen, daß der tatsächliche Gang der Friedensverhandlungen so sein wird; uns lag nur daran, die Schwierigkeiten und Eigenarten des Friedensschlusses einigermaßen klar zu stellen und auf das Fehlen der für den Friedensschluß so wichtigen Voraussetzungen hinzuweisen.

Mac Donald über die Tyrannei in England.

Wie der Glasgower „Forward“ vom 24. Juni mitteilt, sprach Mac Donald am 19. Juni in einer Parteiverammlung in Paisley (Schottland). Entsprechend der Entschließung der letzten Jahreskonferenz der S. L. P. forderte die Versammlung die Regierung auf, in Friedensverhandlungen einzutreten. Mac Donald sprach im Sinne dieser Entschließung und sagte: „Seit dem Tage des Kriegsanspruchs ist jede der kriegführenden Nationen in der Kultur zurückgegangen. Ich weiß nicht, wie weit es mir gestattet sein wird, über dieses Thema zu sprechen, denn die Lage ist folgende: Schreibt man eine Broschüre, die nur Auszüge aus amtlichen Dokumenten enthält und auf die man in Fußnote unter Angabe der Titel der Seitenzahl hinweist, und wenn diese Broschüre nicht gleichzeitig betont, daß die Regierung direkt vom Himmel beauftragt worden sei, oder daß Rußland von Ewigkeit her mit Begeisterung für die menschliche Freiheit eingetreten sei, so kann die Polizei mit militärischer Ermächtigung erscheinen, die Broschüre in Beschlag nehmen und die Kolporteurs vor Gericht bringen, um bestraft zu werden. Es ist gefährlicher, mit einer derartigen Broschüre etwas zu tun zu haben, als einen irischen Rebellen niederknallen zu lassen. In letzterem Falle hat man Aussicht, auf Grund „zeitweiliger Geistesstörung“ entschuldigt zu werden.“

Casements Verurteilung abgelehnt. — Erregung in Irland.

Der englische General-Prokurator hat Casements Antrag auf Verurteilung gegen sein Todesurteil an das Oberhaus abgelehnt und ihm geraten, ein Gnadengesuch an den König zu richten.

Wie ein Reuter-Telegramm berichtet, ist die Lage in Irland infolge der irlandfeindlichen Ausführungen Lansdownes wieder außerordentlich ernst. Die englische Regierung verjährt den Sicherheitsdienst und verstärkte wieder die Garnisonen. Die Regierungstruppen geben sich die größte Mühe, mit der Bevölkerung in freundschaftlichen Verkehr zu treten, stoßen jedoch bei dieser nur auf kalte Zurückweisung. Die Erregung im Volke hat wieder ihren Höhepunkt erreicht.

Gegen Italien.

Italienischer Kriegsbericht

vom 22. Juli: Zwischen Etsch und Brenta lebhafteste Artillerietätigkeit auf beiden Seiten und hartnäckiger Druck unserer Infanterie. Man meldet glänzende Kampfhandlungen unserer Abteilungen in der schwierigen Hochzone der Dolomiten und zwischen Brenta und Piave. Die Kämpfe verliefen für uns günstig. Am oberen Ende des Ciatales (Banoibach) und am Gipfel nahmen wir dem Feinde 253 Mann, darunter 9 Offiziere und einige Maschinengewehre ab. Der Kollapaz ist fest in unserer Hand. Im Sergental erklommen die Unseren am Zusammenfluß der Bäche Boden und Bacher die 2699 Meter hohen Eiserinne und verschanzten sich dort. Im Hochpiave vollendete man die Besetzung der Ballonespize, deren äußerster Gipfel besetzt wurde. Am gestrigen Tage beschloß die feindliche Artillerie Cortina d'Ampezzo mit einigen Granaten. Zur Erwiderung beschossen unsere großkalibrigen Geschütze die bewohnten Orte Toblach und Sillian im Drantale. Am Sponzo wurde die Tätigkeit der feindlichen Artillerie, die von der unseren wirksam bekämpft wird, gestern stärker.

Die feindliche Artillerie fuhr fort, großkalibrige Granaten auf Ala und andere Ortschaften zu werfen. Im Etsch-Tale beschloß gestern unsere Artillerie Riva, Arco und Rovereto; sie rief dort Feuersbrünste hervor und verhinderte durch Schüsse die Löscharbeit. Im oberen Fossina-Tale versuchte der Gegner durch unaufhörliche Angriffe kleinere Abteilungen unserer Truppen an dem Ausbau der erreichten Stellungen zu verhindern. Er wurde überall mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Wir bemächtigten uns anderer feindlicher Verschanzungen auf dem Nordabhange des Monte Majo. Die feindliche Artillerie warf zahlreiche Geschosse, welche erstickende Gase verbräteten, gegen unsere Stellungen auf der Costeana-Spize (Nachboite), ohne Schaden anzurichten. Am Sponzo Artilleriekampfe. Die feindliche Artillerie beschloß Monfalcone. Zur Vergeltung beschloß unsere die Ortschaften Daberdo, Janiano, Flondaz und S. Giovanni. gez. Cadorna.

Der Seekrieg.

Unterseebootstätigkeit.

Lloyds meldet aus Algier: Der britische Dampfer „Walf“ (2443 T.) wurde von einem Unterseeboot versenkt. Die Mannschaft ist gerettet. — Der Dampfer „Cettois“ vom Hafen Cette wurde torpediert. Die Besatzung wurde gerettet. — Nach Meldungen Genueser Blätter sind seit dem 18. Juli wieder 11 Kohlendampfer überfällig. Bis jetzt sind die meisten Unterseebootsangriffe in der Straße von Gibraltar erfolgt.

Im der vergangenen Woche wurden in Marseille aus Algier und anderen Mittelmeerhäfen täglich Versenkungen größerer und kleinerer Dampfer gemeldet. Daß unter der gesteigerten Tätigkeit der gegnerischen Unterseeboote die Beförderung von Nahrungsmitteln, sowie anderer in Frankreich und England dringend erwarteter Artikel empfindlich leidet, wurde auch in den Kommissionen der Kammer und des Senats beklagt. Es wurde ferner an die Versprechungen des Marineministers Lagace erinnert, im Verein mit der britischen Admiralität den Mittelmeerverkehr kräftiger zu schützen. In Algier befinden sich gegenwärtig ungewöhnlich viel Matrosen von torpedierten Schiffen.

Nach Stockholmer Berichten sollen deutsche Unterseeboote in der See östlich von Island erschienen sein, so daß der ganze Verkehr zwischen Rußland und Schweden eingestellt werden müßte.

Die Abreise der „Deutschland“ verzögert.

Nach einer Meldung der „Stampa“ aus Washington ist die Abfahrt der „Deutschland“ aufgeschoben worden. Seit Freitag liegt ein unheimlicher englischer Dampfer dicht neben der „Deutschland“ verankert. Die Rückladung der „Deutschland“ besteht, wie die „Times“ zu melden weiß, aus 400 Tonnen Nickel, 300 Tonnen Gummi und gewissen Mengen Kupfer und Schwefelsäure. Daily Telegraph meldet aus New York: Das Unterseeboot „Deutschland“ wird auf der Rückreise einen großen Goldbetrag mitführen. Die Philadelphia Marine Company übernahm, wie verkauft, die Versicherung des Goldes gegen Kriegsgefahr — um 6 bis 10 Proz. des Wertes.

Die Kämpfe im Orient.

vom 22. Juli: An der Trassfront keine Veränderung. Die andauernde Hitze...

Der amtliche Kriegsbericht. Aus Südbel- und Nachbargebieten.

W.B. Großes Hauptquartier, 24. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Wie sich herausgestellt hat, wurden die gestern gemeldeten englischen Angriffe gegen die Front Trepval-Guillemont von Teilen von 11 englischen Divisionen geführt, deren mehrere häufig aus anderen Fronten herangeholt waren. Den einzigen Vorteil, den der Feind auf der ganzen Linie erreichen konnte, und den wir noch nicht wieder ausgebeißert haben, war das Eindringen in einige Häuser von Fogieres, das er mit außerordentlich schweren blutigen Verlusten bezahlte.

Im Vorgewald warf ihn der mit Wucht geführte Gegenstoß der brandenburgischen Grenadiere von Douaumont gloriereichen Angebots aus einer Riesgrube, südwestlich von Guillemont, in der sich der Gegner vorübergehend eingenistet hatte, brachten wir 3 Offiziere und 141 Mann unversehrt heraus.

Südlich der Somme sind kleinere französische Unternehmungen bei Soyeourt und westlich von Fermanovillers in unserm Feuer gescheitert.

Die Artilleriekämpfe lauteten vorübergehend ab. Unsere Leute aus den Kämpfen seit dem 15. Juli betragt nach bisherigen Feststellungen 68 Maschinengewehre.

Nach der Waa s steigerten sich die beiderseitigen Artilleriekämpfe mehrmals zu großer Heftigkeit. Infanterietätigkeit gab es hier nicht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Nordteil der Front und bei der Armee de Generals Grafen von Bothmer außer Patrouillenkämpfen keine Ereignisse. Nordwestlich von Beresetzko wurden starke russische Angriffe glatt abgefohlen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Seegefecht im Englischen Kanal.

(Amtlich.) Berlin, 24. Juli. In der Nacht vom 22. zum 23. Juli unternahm deutsche Torpedoboote von Flandern aus einen Vorstoß bis nahe der Themse-Mündung, ohne dort feindliche Seestreitkräfte anzutreffen. Bei der Rückkehr stießen sie am 23. Juli morgens auf mehrere englische kleine Kreuzer der Aurora-Klasse und Torpedobootszerstörer. Es entspann sich ein kurzes Artilleriegefecht, im Verlauf dessen Trefferwirkung bei dem Gegner erzielt wurde. Unsere Torpedoboote sind unbeschädigt in ihren Stützorten zurückgekehrt.

beiderseitige Tätigkeit.

Im Schatten betrug die Temperatur gestern 47 Grad. An der persischen Front hat sich im Abschnitt von Kermanschah nichts ereignet. Wir stellen fest, daß die Russen, die unsere Abteilungen östlich von Sannah angriffen, schwere Verluste erlitten und eine Menge von Verwundeten auf ihrem Rückzug mitnahmen. In der Gegend von Bane kämpften unsere Truppen erfolgreich mit den Russen. Angriffe unserer Truppen gegen die seit einiger Zeit in Remanduz kräftig verschanzten russischen Truppen waren von Erfolg gekrönt. Die Russen mußten sich in Unordnung nach Osten zurückziehen und ließen in Remanduz eine große Menge von Ausstattungsgegenständen und Lebensmitteln zurück. Außerdem sind die Rückzugstrassen des Feindes mit aller Art von Ausstattungsgegenständen, Munition und sonstigen militärischen Gegenständen bedeckt. Unsere Truppen verfolgen energisch den Feind und haben gegenwärtig 20 Kilometer von Remanduz mit ihm Fühlung. An der Kaukasusfront wurden die vom Feinde um den Preis schwerer Verluste allein gegen unseren Abschnitt im Zentrum gerichteten andauernden Angriffe durch die aufeinanderfolgenden und geordneten Gegenangriffe unserer Truppen zum Halten gebracht. Unsere Gesamtlage an dieser Front wurde nicht beeinträchtigt. Am 7. Juli (türkischer Zeitrechnung) griff ein feindliches Flugzeug zum zweiten Male ein Hospital auf Gallipoli an, das an zahlreichen Stellen durch große Abzeichen des roten Halbmondes gekennzeichnet war. Die sieben abgeworfenen Bomben riefen weder Schaden noch Verluste hervor. In der Richtung auf den Suezkanal verjagten unsere vorgeschobenen Abteilungen nach Westen zu eine feindliche Schwadron, die sie bei Katia antrafen. Eines unserer Flugzeuggeschwader bombardierte erfolgreich feindliche Truppenlager, wichtige Einrichtungen und Petroleumlager am Hafen von Suez und lehrte in seinen Heimathafen unterseht zurück.

23. Juli: In der Trassfront keine Veränderung. In Persien verlusteten die russischen Streitkräfte, die, wie im gestrigen Bericht gemeldet, in Auflösung nach Osten verjagt worden waren, sich 30 Kilometer östlich von Remanduz zu halten, wurden aber von unseren Truppen kräftig verfolgt, so daß sie sich zum Kampfe stellen konnten und sich gegen die Grenze zurückziehen mußten. Wir erbeuteten im letzten Kampfe zwei Maschinengewehre. — In einem Kampfe, der östlich von der Stadt Suez und in der Nähe des Kanals zwischen unseren Abteilungen und zwei feindlichen Kanallerpattouillen geführt wurde, entfloh der Feind unter Zurücklassung von einigen Toten gegen den Kanal. Unsere Abteilungen verfolgen ihn.

Die Hitze in Mesopotamien.

Das englische Kriegsamt macht bekannt: Seit dem letzten Bericht aus Mesopotamien vom 13. Juli sind keine Ereignisse von Bedeutung zu melden. Die Hitze ist außerordentlich groß. Seit mehreren Tagen beträgt die Temperatur 120 Grad im Schatten.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Internationale Anleihe der Entente.

Der „Secolo“ meldet aus Rom: In finanziellen Kreisen Roms hat die im „Economista d'Italia“ veröffentlichte Pariser Nachricht großen Eindruck gemacht, wonach die Minister der Entente bei ihrer Londoner Vereinigung die Emission einer internationalen Anleihe von 20 Milliarden beschlossen haben. Auf Frankreich entfallen 4 Milliarden, auf Italien 2%.

Italienische Offensivziele.

Aus Chiasso wird der „Frankf. Zig.“ berichtet: der italienische Finanzminister Meda hat sich gegen das Verlangen mehrerer Blätter, die Ausfuhr irischen Obstes nach Deutschland zu verbieten, grundsätzlich ablehnend geäußert. Irisches Obst ist bis jetzt keine Kriegs-Konterbande, die Frage werde indessen jetzt vom permanenten Internationalen Ausschuss für wirtschaftliche Aktionen in Paris geprüft.

Die Japaner und die Verbündeten.

„Daily Mail“ meldet aus Melbourne: Vertreter des japanischen Handels führen gegenwärtig Verhandlungen in Australien, um die Würtle, die bisher von dem Feind verjagt wurden, nun an sich zu ziehen. Sie wünschen nach Australien Ezeugnisse zu schicken, die gegenwärtig dort nicht produziert werden, und eine neue japanische Dampferlinie nach Australien einzurichten. Bisher war die Hauptfrage der australischen Politik, gleichviel welche Partei am Ruder war, die Japaner von Australien fernzuhalten. Nicht nur war die Einwanderung von Gelben verboten, es wurde auch in jeder Hinsicht danach getrebt, auf keinem Gebiet japanischen Einfluß aufkommen zu lassen. Man fürchtete, und nicht mit Unrecht, daß Australiens zur japanischen „Interessensphäre“ werden würde, sobald einmal das Tor geöffnet würde. Jetzt muß man wohl oder übel dem „Verbündeten“ Zugeständnisse machen, und diese werden schon, nachdem ihnen der kleine Jünger gereicht worden, die ganze Hand verlangen.

Unter der blühenden Linde...

Um die Zeit der längsten Tage blüht die Linde, ein seltener Baum des Sommers. Ungleich den Haseln, Birken, Erlen und anderen Bäumen, die vor der Entwicklung der Blätter blühen oder, wenn diese noch jung sind, läßt die Linde ihre schöne Krone sich erst voll belauben, ehe sie die Blüten entfaltet. Diese sind keine unscheinbaren Köhnen, sondern regelrechte, wenn auch kleine Blumen. Die Kleinheit wird wettgemacht durch die größere Anzahl, in der sie beisammenstehen, ein Kunstkniff, den die Natur sehr häufig anwendet, um aus kleinen Blüten weithin sichtbare Sträuße, Dolben, Rippen oder dergleichen zu machen. Besonders auffällig kann man die Lindenzweige trotz ihrer Häufung nicht nennen. Aber da kommt dem Auge der Geruch zu Hilfe. Er kann am starken Duft der blühenden Linde nicht vorbeigehen. Dann sucht das Auge, was die Nase schon entdeckt hatte. Wir spähen zur Höhe und bemerken, wie geschickt die Blütendolben unter ausgebreiteten Laubblättern hängen. Auch beim stärksten Regen strömt kaum ein Tropfen diese Blüten, die bei schönem Wetter von Insekten, besonders von Bienen, umsummt sind; von unten her fliegen diese Tierchen mit Leichtigkeit an. Sie brauchen den Nektar der Blüte, und sie tragen ihre Schuld dafür ab, indem sie den Blütenstaub von Blüte zu Blüte verfrachten.

Jedermann kennt die eigentümlichen, häutigen, mehrere Zentimeter langen Deckblätter, die an jedem Lindenzweige seitwärts wie ein einzelner Mühlensügel angewachsen sind. Wenn die Früchte reif sind, hängen sie noch lange am Baume, und erst im nächsten Frühjahr pflegen sie abzufallen. Dabei fängt sich der Wind in den Ähren an den Blattstielen, und die Nüssen werden aus dem Bereich des Mutterbaumes herausgemischt, um, wenn möglich, einen noch nicht belegten Wachgrund zu finden.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren. Das Gesetz vom 21. Juni 1916, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, tritt am 1. August 1916 in Kraft. Nach dem Gesetz ist im innern deutschen Verkehr als Zuschlag zu gewissen Gruppen von Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren eine Reichsabgabe zu zahlen. Der Zuschlag beträgt:

- für Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr sowie für Postkarten 2 1/2 Pfg.,
- für Fernbriefe 5 Pfg.,
- für Pakete bis 5 Kg. in der 1. Zone 5 Pfg., auf alle weiteren Entfernungen 10 Pfg.,
- für Pakete über 5 Kg. in der 1. Zone 10 Pfg., auf alle weiteren Entfernungen 20 Pfg.,
- für Briefe mit Wertangabe in der 1. Zone 5 Pfg., auf alle weiteren Entfernungen 10 Pfg.,
- für Postauftragsbriefe 5 Pfg.,
- für Telegramme 2 Pfg., von jedem Wort, mindestens 10 Pfg.,
- für Rohrpostbriefe und Rohrpostkarten 5 Pfg.,
- für Fernspreckanschlüsse, Nebenanschlüsse und Gespräche 10 v. S. der jetzigen Gebühren.

Danach kostet vom 1. August ab: der Ortsbrief (bis 250 Gramm) freigemacht 7 1/2 Pfg., nicht freigemacht 15 Pfg., der einjährige Fernbrief (bis 20 Gr.) freigemacht 15 Pfg., nicht freigemacht 25 Pfg., der doppelte Fernbrief (über 20 bis 250 Gr.) freigemacht 25 Pfg., nicht freigemacht 35 Pfg., die Postkarte freigemacht 7 1/2 Pfg., nicht freigemacht 15 Pfg., das Paket bis 5 Kg. in der 1. Zone 30 Pfg., auf alle weiteren Entfernungen 60 Pfg. (dazu tritt bei nicht freigemachten Paketen bis 5 Kg. der Portozuschlag von 10 Pfg.), das Paket über 5 Kg. in der 1. Zone 10 Pfg. mehr als bisher, auf alle weiteren Entfernungen 20 Pfg. mehr als bisher, der Brief mit Wertangabe in der 1. Zone 25 Pfg., auf alle weiteren Entfernungen 50 Pfg.; außerdem die Versicherunggebühr wie bisher und bei nicht freigemachten Wertbriefen der Portozuschlag von 10 Pfg., der Postauftragsbrief 35 Pfg.

Das Telegramm im Stadtverkehr kostet: bis fünf Wörter einschließlich 40 Pfg., über 5 bis 10 Wörter einschließlich für jedes Wort 2 Pfg. mehr, also 42, 44, 46, 48, 50 Pfg., über 10 Wörter für jedes Wort 3 Pfg.; das Telegramm im sonstigen Verkehr: bis 5 Wörter einschließlich 60 Pfg., über 5 bis 10 Wörter einschließlich für jedes Wort 2 Pfg. mehr, also 62, 64, 66, 68, 70 Pfg., über 10 Wörter für jedes Wort 7 Pfg.; der Rohrpostbrief 35 Pfg., die Rohrpostkarte 30 Pfg. Im Fernspreckverkehr beträgt die jährliche Pauschalgebühr in den kleinsten Netzen 88 Mk. steigend bis 198 Mk. in Netzen mit mehr als 20 000 Anschlüssen, die jährliche Grundgebühr in Netzen von nicht mehr als 1000 Anschlüssen 66 Mk. steigend bis 110 Mk. in Netzen mit mehr als 20 000 Anschlüssen, die Gebühr für Ortsgespräche bet 20 000 Anschlüssen gegen Grundgebühr 5 1/2 Pfg. für jede Verbindung, die Gebühr für Gespräche im Verkehr von Ort zu Ort bei einer Entfernung von nicht mehr als 25 Kilometer 22 Pfg. für je drei Minuten, steigend bis zu 2,20 Mk. bei einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometer.

Bruchpennige, die sich bei nicht freigemachten und unzureichend freigemachten Sendungen und bei der Gebühr für die Vergleichung von Telegrammen ergeben, werden auf volle Pfennige aufwärts abgerundet. Für einen nicht freigemachten Ortsbrief, der von einer Behörde unter der Bezeichnung „Postpflichtige Dienstfache“ abgedandt wird, und für eine solche Postkarte sind vom Empfänger also 8 Pfg. zu entrichten.

Unverändert bleiben die Gebühren für Drucksachen, Geschäfts-papiere, Warenproben, vereinigte Drucksachen, Geschäfts-papiere und Warenproben, Postanweisungen und Zeitungen, ferner alle Gebühren im Postverkehr, jedoch beträgt die Gebühr für Briefe der Kontoinhaber an die Postbehörden, wie für Ortsbriefe, künftig 7 1/2 Pfg.

Für die Entrichtung der Reichsabgabe sind, soweit die Benutzung von Marken in Betracht kommt, Postmarken zu verwenden. Zu diesem Zwecke werden Ende Juli neue Postmarken zu 2 1/2, 7 1/2 und 15 Pfg. sowie gestempelte Postkarten zu 7 1/2 Pfg. und Postkarten mit Antwortkarte zu 7 1/2 + 7 1/2 Pfg. ausgegeben. Die neue Marke zu 2 1/2 Pfg., die auch in Besten mit 20 Stelle für 75 Pfg. verkauft wird, soll die Nachfrager im Verkehr befindlichen gestempelten Postkarten zu 5 Pfg., die auch über den 1. August hinaus gültig bleiben, ersetzen. Neue Postmarken, deren Nennwert auf Bruchpennige lautet, werden in der Regel nur in durch 2 teilbaren Mengen, sei es in kleinen, wenn auch verhältnismäßig geringen, ausnahmeweise auf ausserordentliches Verlangen jedoch auch einzeln unter Abrechnung des Nennwertes auf volle Pfennige aufwärts abgegeben werden. Die jetzigen Postwertzeichengeber für 5-Pfg.-Marken und die Postwertzeichengeber sollen so eingerichtet werden, daß sie gegen Einzahlung eines Zehnpennwertes eine Marke zu 7 1/2 Pfg. und eine Marke zu 2 1/2 Pfg. oder eine Postkarte zu 7 1/2 Pfg. und eine Marke zu 2 1/2 Pfg. verschaffen. Freimarkentrollen mit den neuen Marken zu 7 1/2 und 15 Pfg. für Postkontrollrollen usw. werden angefertigt werden, sobald die Postanstalten mit den neuen Postwertzeichen von denen in wenig Wochen als erster Bedarf mehr als 600 Millionen Stück herzubekommen sind, versorgt sind.

Ausgabe der Postkarten. Die Ausgabe der Hauptpostkarten für die nächsten 7 Wochen geschieht a) in der Stadt und den Postämtern mit Ausnahme der unter b) angeführten neuen Städte für die Verbraucher, deren Familienamen auf den Postkarten A bis F am Mittwoch, 26. Juli, mit den Postkarten G bis K am Donnerstag, 27. Juli, mit den Postkarten L bis N am Freitag, 28. Juli, mit den Postkarten S bis Z am Sonntag, 29. Juli, von 8 bis 8 Uhr nachmittags; b) für den neuen Stadtteil Lauenburg, Rüdlich mit Herrensberg (Lauenburg) und Lauenburg, Lauenburg mit Siemens, Lauenburg mit dem Postamt für die Verbraucher, deren Familienamen auf den Postkarten A bis H am Donnerstag, 27. Juli, mit den Postkarten I bis N am Freitag, 28. Juli, mit den Postkarten O bis R am Samstag, 29. Juli, mit den Postkarten S bis Z am Sonntag, 30. Juli, von 8 bis 8 Uhr nachmittags.

2 bis 7 am Sonnabend, 29. Juli, nachmittags von 3 bis 7 Uhr; c) in den Landgemeinden an den Tagen vom 26. bis 29. Juli und soweit erforderlich, auch an den folgenden Tagen während der üblichen Geschäftsstunden. Für Karten, die außerhalb der festgesetzten Tage und Tageszeiten abgeholt werden, ist eine Gebühr von 50 Pfennig zu entrichten. Zuständig für die Ausgabe der Brotkarten sind die bisherigen Ausgabestellen. Die Abholung der Brotkarten darf nicht durch Kinder unter 10 Jahren erfolgen. Personen über 14 Jahre beiderlei Geschlechts — mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Selbstversorgern — welche schwere körperliche Arbeit oder mindestens dreimal wöchentlich angelegentlichem Nachtdienst verrichten und deren eigenes Arbeitseinkommen 3000 Mark nicht übersteigt, erhalten auf ihren Antrag Zusatzbrotkarten über wöchentlich ein Pfund Brot. Bei Stellung des Antrages auf Bewilligung einer Zusatzbrotkarte ist die Hauptbrotkarte vorzulegen. Die Ausgabe der Zusatzbrotkarte erfolgt an den Tagen von Dienstag, dem 1. bis Donnerstag, dem 3. August.

Vorwärts! Folgende von amtlicher Seite ausgehende Warnung ist zu beherzigen: Die bei den militärischen Dienststellen eingehenden Gesuche von Angehörigen gefallener Kriegerkämpfer lassen erkennen, daß die Hinterbliebenen sich bei Abfassung der Eingaben vielfach fremder Hilfe bedienen. Soweit diese Hilfe in uneigennütziger Weise geleistet wird, ist sie dankend anzuerkennen. Die Kriegswitwen müssen aber dringend vor sogenannten „Winkeldoktoren“ und ähnlichen Personen gewarnt werden. Solche Leute drängen sich an sie heran und verfassen für sie oft Gesuche, von deren Zwecklosigkeit sie wohl selbst in vielen Fällen von vornherein überzeugt sind. Ihnen ist meist nur darum zu tun, Einnahmen für sich zu erzielen, nicht aber den Witwen zu helfen. Häufig erweisen sie auch Hoffnungen, durch deren Nichterfüllung die Witwen dann bitter enttäuscht sind. Allen Kriegswitwen — soweit sie sich außerstande sehen, Gesuche selbst abzufassen — kann daher nur dringend empfohlen werden, sich an die fast in jedem Ort bestehenden Beratungs- und amtlichen Fürsorgestellen für Kriegswitwen und -waisen zu wenden. Diese Stellen werden gern erbösig sein, Anträge der Hinterbliebenen aufzunehmen und an die hierfür zuständigen Behörden weiterzugeben. Dieser Weg eripart den Kriegshinterbliebenen Kosten, Zeit und Enttäuschungen.

Wohlfahrt oder Uebertreibung? Lebtin wurde auf dem Deutschen Schuhmachertage gegen das Publikum der Vorwurf erhoben, daß es immer nur die modernsten Schuhformen bestelle, die älteren dagegen zurückweise. Die Verbraucher trügen dadurch selbst zu der ungeheuren Steigerung der Lederpreise bei. Demgegenüber ist zu bedenken, daß die gangbarsten Großformen des vor Kriegsbeginn verfertigten Schuhwerks nahezu ausverkauft sein werden, so daß dem Publikum nur besonders große bezw. kleine Marken zur Verfügung stehen dürften. Was aber schließlich an passenden Größen aus alten Beständen noch vorhanden ist, würde sehr zeitig abgehen, wenn man sich im Schuhhandel dazu entschließen würde, eine angemessene Preisserhöhung für die „älteren Sorten“ vorzunehmen. Da ihre Herstellungskosten unendlich so hoch gemein sein können wie für die neuesten Marken, so dürfte diese Preisermäßigung schon durchführbar sein. Jedenfalls berechtigt hier und da noch bemerkbares Mangelwarem nicht, die von Interessenten herbeigeführte Lederpreiserei den Verbrauchern in die Schuhe zu schieben. Die breite Volksmasse hat heute weder Sinn noch Geld für solche Schuhkapriolen. Sie haben jetzt so viele Stellen, „wo für der Schuh drückt“, da ist es ihnen ganz gleich, ob sie eine spitze oder stumpfe Form, ob mit schwarzem oder hellem Einlaß bekommen, wenn nur preiswerte und haltbare Ware geliefert wird. Und daran hapert es bedenklich.

Der gestrige Sonntag war wirklich ein sonniger Tag, wie wir ihn lang entbehrt und bisher vergeblich erwartet hatten. Vergeßlicherweise war denn auch der Ausflüglerverskehr sehr lebhaft.

Aus den Straßen der Stadt strömte es hinaus in die lieblichen Orte unserer schönen Umgebung. Straßenbahnen und Dampfschiffe waren vollbesetzt. Wenn auch heute morgen wieder ein leichter Regen herabrieselte, so scheint doch jetzt endlich der Sommer bei uns einzuziehen zu wollen.

Vor der Strafkammer in Lübeck hatte sich am letzten Freitag der jehige Kaufmann St. aus Stockelsdorf wegen Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte war vom 3. Oktober 1913 bis zum 19. Dezember 1915 in der Fackenburg Warenabgabestelle des Stockelsdorfer Konsumvereins gegen ein Jahresgehalt von 1500 Mk. und freie Wohnung als Lagerhalter angestellt. Bei einer Revision und Lageraufnahme im Mai 1915 wurde ein Fehlbetrag von 1600 Mk. festgestellt, zu dessen Deckung die Kautionsherausgabe wurde. 900 Mk. wurden obendrein von St. gezahlt. Eine Revision im Oktober desselben Jahres ergab ein Defizit von 3849,14 Mk. Die Ursachen dieser Fehlbeträge konnte der Angeklagte nicht erklären. Nach seiner Entlassung wurde ein weiterer Fehlbetrag in Höhe von 915,11 Mk. festgestellt. Das Gericht kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Auffassung, daß St. mindestens 3000 Mk. unterschlagen habe, wenn auch vielleicht ein Teil des Defizits auf Nachlässigkeit und geschäftliche Unordnung zurückzuführen sei. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Am Sonntagabend fand im Marmorssaal des Stadttheaters ein Vortragsabend statt, in dem Herr Joseph Plaut vom Deutschen Opernhaus in Berlin sich uns als Vortragsmeister zeigte. Der Künstler war unseres Wissens zum ersten Male in Lübeck und sah wir daher seinen Leistungen mit Interesse und Spannung entgegen. Gib: es doch gerade in der gegenwärtigen Zeit so manchen, der sich zum Rezitator pp. berufen fühlt, aber selbst bei mäßigen Ansprüchen nicht als solcher anzupreisen ist. Es war diesfmal eine höchst angenehme Enttäuschung! Plaut kann sich getrost zu den ersten seines Faches rechnen. Jede vorgetragene Nummer seines ebenso mannigfaltigen, wie interessanten Programms war ein Treffer. Ob Plaut den Altmeister der plattdeutschen Muse, Erik Reuter, brachte oder seine eigenen Sachen, alles jündete und wurde vorzüglich zu Gehör gebracht. Besonders köstlich war seine Parodie auf die Stettiner Sänge, die Saigne über das Variete, die Geschichtsstunde in einem jählichen Gymnasium und die Einwirkung der Mobilisierung 1914 auf die Tierwelt. Aber auch die literarischen Rezitationen, so z. B. die von Gorch Fock, Gustav Ried, Theodor Fontane und Andersen, waren gut gewählt und trefflich dargeboten. Plaut fand deshalb auch wohlverdienter und jubelnden Beifall. Es dürfte wohl niemand unbefriedigt der Saal verlassen haben und würden wir es lebhaft begrüßen, wenn der Künstler recht bald wieder hierher kommt. Er darf stets eines guten Empfanges sicher sein.

Leipziger Herbst-Mustermesse. Uns wird geschrieben: Ueber die Leipziger Herbst-Mustermesse 1916 (27. August bis 2. September), die als Vermittlung des Waren- und Güterausstausches sowie zur Herbeiführung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für die deutsche Industrie und den deutschen Handel von höchster Bedeutung ist, sind der Handelskammer mehrere Mitteilungen zugegangen. Diesen Mitteilungen sind insbesondere auch die nicht unwesentlichen Vergünstigungen beigelegt, die sich dank der Bemühungen aller beteiligten Stellen für die Messebesucher haben erwirken lassen. Nähere Auskunft hierüber wird in der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6, erteilt.

Ferienwanderungen. Bei dem jetzt eingetretenen schönen Sommerwetter wird es wohl angebracht sein, auf die für unsere Schulfugend eingerichteten Ferienwanderungen hinzuweisen. Unter den noch geplanten Wanderungen befinden sich auch zwei Motorbootfahrten nach dem Rageburger See. Diese Ausflüge waren bisher sehr beliebt, so daß stets nach einigen Tagen die Teilnehmerlisten ausverkauft waren. Es ist deshalb rätlich, daß die Kinder sich rechtzeitig Karten besorgen. (Siehe Inserat).

Der Zirkus Belli gibt weitere Vorstellungen auf dem Griezplatz an der Fackenburg Allee statt. Das Programm steht auch Damenringkampf vor.

Mitosa. Ein folgenschwerer Straßenbahnunfall hat gestern nachmittag stattgefunden. Als etwa um 4 1/2 Uhr ein Wagen der Linie 39, der von frühlichen Menschen gefüllt war, die nach Hagenbecks Tierpark fahren wollten, in der Richtung vom Mitosaer Hauptbahnhof nach Langensfelde durch die Allee fuhr, sprang der Haupt der Kurve am Helenehof gegerüht dem städtischen Krankenhaus aus bisher noch nicht ermittelte Ursache aus dem Gleis und fuhr mit großer Wucht gegen einen in vertikaler Blüte prächtigen Lindenbaum in der Allee. Hierbei wurde der Vorderperren des Wagens völlig eingebogen und mehrere Scheiben zertrümmert. Durch die Wucht des Zusammenpralls sind leider zahlreiche Personen teils schwer, teils leichter verletzt worden; eine derselben, eine noch unbekannte etwa 25 Jahre alte Frau, ist bald nach ihrer Entlassung ihren schweren Verletzungen erlegen. Wie durch ein Wunder sind von den zahlreichen Passanten der Allee keine Personen verletzt worden. In anerkennenswerter Weise waren sogleich Hunderte von Händen bereit, hilfreich einzugreifen. Nach wenigen Minuten traf auch bereits die Mitosaer Berufsfeuerwehr bei der Unfallstelle ein, um in Tätigkeit zu treten. Sechzehn Fahrgäste wurden scheinlich in das nahe belegene städtische Krankenhaus gebracht, wo ihnen Ärzte und Schwestern Notverbände anlegten; einige von ihnen konnten nach Anlegung der Verbände wieder entlassen werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. Juli. Gestern nachmittag fand auf dem Teufelsberg der Dahme, der Langer See genannt wird, in der Nähe des Freibades Grünau ein Zusammenstoß zwischen dem Robbing-Dampfer „Sindenburg“ und dem für den Ueberseehverkehr bestimmten Motorboot „Anna“ statt. Dieses sank augenblicklich. Von seinen 50 Insassen sind anscheinend 20 ertrunken. Die übrigen konnten gerettet und ans Ufer gebracht werden. Amtliche Mitteilungen liegen noch nicht vor. Es besteht danach die Möglichkeit, daß die Zahl der Opfer dadurch noch eine Verringerung erfahren wird, daß sich einzelne Vermisste noch als gerettet erweisen. Bis gestern abend waren acht Leichen geborgen. Wie verlautet, soll der Steuermann des Motorbootes, Walz, die Schuld tragen, der anscheinend mit ertrunken ist.

Verlustlisten.

Erdiensten sind:
Liste Nr. 7 der aus Rußland zurückgekehrten Preussischen Austausch-Gefangenen.
Preussische Verlustliste Nr. 587.
Bayerische Verlustliste Nr. 281.
Sächsische Verlustliste Nr. 306.
Württembergische Verlustliste Nr. 424.
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

über die nächste Brotkartenausgabe.

Die Ausgabe der Hauptbrotkarten für die nächsten sieben Wochen, das heißt vom 31. Juli bis 17. September 1916, findet an den Tagen von Mittwoch, dem 26. bis Sonnabend, dem 2. Juli, von 3-8 Uhr nachmittags statt. Die Empfangsberechtigten werden aufgefordert, sich die Brotkarten an den gewohnten Tagen und Stellen abzuholen. Für die Brotkartenausgabe im Eingemeindungsgebiet gilt die gleiche Einteilung nach dem Alphabet wie das letzte Mal. Ausgabestellen sind für dieses Gebiet die letzten drei Tage der Woche. Für die Karten, die außerhalb der festgesetzten Tage und Tageszeiten abgeholt werden, ist eine Gebühr von 50 Pf. zu entrichten.

Die neuen Brotkarten werden nur gegen Rückgabe des mit Defizit und Restsumme versehenen Kartens der alten Brotkarten gegen Brotkartenscheine ausgetauscht.
Für die Ausgabe der Zusatzbrotkarten bleiben die bei der letzten Brotkartenausgabe bekannt gegebenen Grundsätze maßgebend, wonach Zusatzbrotkarten nur denjenigen Personen bewilligt werden, die schwere körperliche Arbeit oder mindestens dreimal wöchentlich angelegentlichem Nachtdienst zu verrichten haben. Die von den Arbeitgebern früher angelegentlichem Beschäftigungen werden als gültig anerkannt, wenn sie mit einem Vermerk des Arbeitgebers über die Fortdauer der beschleunigten Beschäftigung versehen sind. Unrichtige Angaben der Arbeitgeber und Arbeitgeber gegenüber den Brotkartenausgabestellen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Die Zusatzbrotkarten werden ausgetauscht an den Tagen vom Dienstag, dem 1. bis Donnerstag, dem 3. August, und zwar in der Stadt und den Vorstädten ausschließlich des Eingemeindungsgebietes durch die Kolonnenführer, im Landgebiet durch die Gemeindevorstände.
Das Nähere enthält die im Amtsblatt vom 24. Juli veröffentlichte Bekanntmachung des Kolonnenführers vom 22. Juli 1916. Sie hängt in den Brotkartenausgabestellen aus.
Lübeck, den 22. Juli 1916. 3513

Das Polizeiamt.

Wegen ungenügender Zufuhr kann Schweinefleisch in dieser Woche nicht abgegeben werden.
Die Betriebsbehörde.
2025 Mitteilung September.

Witzel Kattentanz
bei einer Operation im Ringelstein gestochen. Schnelligkeit vermag nur bei Frauen zu helfen.
Gottfried Pleß
am 24. Lebensjahr ein Opfer des Weltkrieges wurde.
In dieser Nummer (3014) Frieda Pleß als Mutter nicht eingetragener Peter Vermeiren und Frau g. H. H. Lestr. Kattentanz.
21. August, 22. Juli 1916.
Nähe kann in fremder Erde!

Am 1. Juli fiel auf dem Kriegsschauplatz unser lieber einziger Sohn und Bruder
Heinrich
im Alter von 25 Jahren.
Dies zeiget tiefbetrubt an
Joh. Fick und Frau
geb. Steinhagen.
Anna Fick.
Hans Paasch.
Lübeck, Rosenstr. 12/5. (3523)

Gestern erhielt ich die traurige Nachricht, daß auch mein dritter Sohn (nachdem ihm mein ältester Sohn im Oktober 1914 und der zweite im Januar 1915 vorangegangen sind)
Ernst Rönfeldt
Neger des kaiserlichen Alpenkorps, bei einem Sturmangriff auf dem Kriegsschauplatz am 11. Juli als Opfer des elenden Weltkrieges im blühenden Alter von 21 Jahren gefallen ist.
In trüer Trauer (3520)
Heinrich Rönfeldt und Sinder nebst Angehörigen.
Ravenbüsch, 23. Juli 1916.

Sozialdemokr. Verein f. Stockelsdorf u. Umg.
Als weiteres Opfer des elenden Weltkrieges fiel am 11. Juli bei einem Sturmangriff auf dem Kriegsschauplatz
Ernst Rönfeldt
(Jäger des kaiserlichen Alpenkorps) im blühenden Alter von 21 Jahren.
Glorie im Umbraue!
3513

Verloren am Sonnabend (3515) 2 Brotkarten Nr. 483. Bitte abzugeben bei Steffens, Seinerstr. 28.
Kaufe jeden Posten (3526) rote und schwarze **Johannisbeeren.**
C. Heese, Reichstr. 26. Fernruf 1440.
Schwarze und rote Johannisbeeren kauft jeden Posten (3524) **C. Straubing,** Moisl. Allee 10. Fernruf 1170.

Ferienwanderungen
Mittwoch, den 26. Juli: Behlendorf - Mühe . . . M. 0.80
Sonnabend, den 29. Juli: Gotthard (1/2 Tag) . . . M. 0.10
Montag, den 31. Juli: Motorbootfahrt n. d. Rageburger See . . . M. 0.40
Donnerstag, den 3. August: Hubmeyer Lannen . . . M. 0.10
Mittwoch, den 9. August: Motorbootfahrt n. d. Rageburger See . . . M. 0.40
Karten für Schüler und Schülerinnen über 11 Jahre sind zu haben bei **E. Krüger,** Schulstraße 12a. **W. Reia,** Mühlenstraße 75. **K. Sahimann,** Geversdörfer Allee 4a und Dienstags nachm. 5-7 Uhr in der Gürtl. 69.
Schluß des Karteneinkaufs vier Tage vor der Wanderung. (3517)

Deutsch. Holzarbeiterverbd.
Zahlstelle Lübeck.
General-Versammlung
am Dienstag, dem 25. Juli 1916
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1916.
2. Berichte.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht.
Die Lokalverwaltung.

Taschenuhren 3510
Wanduhren
Goldwaren
Silberwaren
Verlobungsringe
Willi Westfahl.
Halstenstraße
Uhren- u. Goldwaren-Reparatur-Werkstatt.

Falläpfel
kaufen
Frehrs & Schultz
Lübeck, Karpfenstr. 22. (3511)

Zirkus Gebr. Belli
in Lübeck
gibt am Dienstag großen **Damenringkampf**
Am Mittwoch finden die beiden letzten Vorstellungen statt.
Nachmittags 4 Uhr:
Fremd- u. Familienvorstellung
Zum Schluß eine (3527) **Märchenpantomime.**
Abends 8 1/2 Uhr:
Letzte Vorstellung.
In jeder Vorstellung findet großer **Damenringkampf**, zu dem sich mehrere Damen aus hiesiger Stadt gemeldet haben, statt.
Es laden ein **Gebr. Belli.**

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (3509) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Wook- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Huxstr. 71.

Drucksachen aller Art
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Achtung!
Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgegend

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 25. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn L. Pastau
Fackenburg.
Lagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird dringend ersucht
3518) **Der Vorstand.**

Stadthallen-Sommertheater
Dienstag, d. 25. Juli 1916:
Nachmittags 6 Uhr
Eintritt 20 Pf.
12. Voltstüml. Konzert
Abends 8 Uhr:
Im weißen Rößl.
Mittwoch, 26. Juli 1916:
Auf vielfachen Wunsch:
Das Dreimäderlhaus.
Donnerstag, 27. Juli 1916:
Zum ersten Male:
Brüderlein fein.
Operette von L. Fall.
Gastspiel v. Tilly Schmidt:
Die schöne Galathee.
Operette von Franz v. Suppé.
Beginn der Vorstellungen 8 Uhr.

Der Parteiaussschuß

tagte am 20. und 21. d. Mts. in Berlin. Den ganzen Sitzungstag füllten die Verhandlungen über die Ernährungsfrage aus, wobei unter Anerkennung der bisherigen Tätigkeit des Parteivorstandes und der Fraktion völlige Einmütigkeit darüber herrschte, daß die Partei alles tun müsse, um gegenüber den Preistreibern der Produzenten und Händler und der Anzutraglichkeit in der Verteilung der Lebensmittel die Interessen der minderbemittelten Verbraucher mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. Am zweiten Sitzungstage wurde die Ernährungsfrage eingehend erörtert und zuletzt über das parteizerrüttende, sondersorganisatorische Treiben einzelner Oppositionsgruppen und die Anziehung, einen Parteitag einzuberufen, verhandelt. Da auch alle die Genossen, die im Hinblick auf die Verhältnisse in der Partei die Einberufung eines Parteitages als notwendig befürworteten, oder zum mindesten der enstlichen Erwägung wert erachteten, ebenso wie der Parteivorstand davon ausgehen, daß unerläßliche Vorbedingung für die Abhaltung eines Parteitages die Gewähr einer völlig unbefchränkten Aussprache ist, diese Gewähr aber zurzeit nicht gegeben werden kann, wurde die Frage einer Reichskonferenz erörtert, auf der eine gründliche Aussprache über die Differenzen in der Partei vor den Organisationsvertretungen aus allen Teilen des Reiches herbeigeführt werden soll.

Der Parteiaussschuß gab seiner Auffassung in folgenden Resolutionen Ausdruck:

I.

Die mangelhafte Organisation der Volksernährung hat Zustände heraufbeschworen, die für die Masse der minderbemittelten Bevölkerung nicht mehr erträglich sind. Die von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervertretung bei Beginn des Krieges vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum Teil heute noch nicht durchgeführt, die geschaffenen Einrichtungen, die in der Richtung dieser Forderungen liegen, sind zu spät und zu unvollständig getroffen worden und werden viel zu zögernd durchgeführt. Die Rücksichtnahme auf die Interessen der großen landwirtschaftlichen Besitzer beherrscht die Organisation der Volksernährung in einem Maße, das die Erhaltung der Arbeitskraft des konsumierenden Volkes und die Ernährung des Volkswachstums aufs gefährlichste bedroht. Dem Kriegswucher mit Nahrungsmitteln wird nicht mit der gebotenen Schärfe begegnet. Auch das neue Kriegsernährungsgesetz hat bisher jaß völlig verjagt. Es ist gegen die schamlose Preistreiberei auf dem Obst- und Gemüsemarkt nicht eingeschritten, hat vielmehr dem Verlangen der Produzenten nach höheren Kartoffelpreisen nachgegeben und eine ganz ungerechtfertigte Steigerung der Preise für Winterkartoffeln durchgeführt. Gegen diese verwerfliche, die Volksernährung schwer gefährdende Preispolitik muß schärfster Protest eingelegt werden.

Die Produktion muß nach einem einheitlichen Plane geregelt und durch staatliche und gemeindliche Einflußnahme und Selbstwirtschaft gefördert werden. Die Rationierung muß endlich auf alle Massenlebensmittel ausgedehnt werden unter einer der Kaufkraft der breiten Massen Rechnung tragenden Preisfestsetzung. Den Bedürfnissen der schwer arbeitenden Bevölkerung ist mehr als bisher Rechnung zu tragen. Die Organisation der Volksernährung muß jede Begünstigung der wohlhabenden Volksschichten ausschließen.

Die Vertreter der Arbeiterschaft in allen öffentlichen Körperschaften werden aufgefordert, in diesem Sinne auch ferner mit allem Kräfteaufgebot zu arbeiten. Aber auch die Arbeitermassen, die unter den Missständen schwer leiden, müssen jede Gelegenheit und jedes geeignete Mittel benutzen, um auf die kommunalen und staatlichen Behörden den erforderlichen Druck auszuüben. Das kann geschehen durch Eingaben, persönliche Vorstellungen, Freundesdeputationen, öffentliche Versammlungen und durch die Arbeiterpresse. Mit aller Wucht muß die Arbeiterschaft ihren Willen, endlich eine geordnete Verteilung der Lebensmittel und eine erträgliche Preisgestaltung zu verlangen, zum Ausdruck bringen. (Einstimmig angenommen.)

II.

Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beisprüche bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiaussschuß:

Unter Aufrechterhaltung der von der Reichstagsfraktion und dem Parteiaussschuß aufgestellten Richtlinien für den Friedensschluß ist gegen die Fortdauer der Eroberungspolitik, die den Widerstand der gegen Deutschland Krieg führenden Staaten noch mehr herausfordert und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung steigern, schärfster Protest einzulegen.

Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annektionen sowie jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Volkes von irgendeiner Seite, denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben. Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes die Sicherung seiner politischen Unverletzlichkeit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse.

Wir fordern die sozialistischen Parteien aller Länder auf, für schnelle Herbeiführung des Friedens zu wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird. (Gegen acht Stimmen angenommen.)

III.

Der Parteiaussschuß hält die baldige Einberufung eines Parteitages zur Wiederherstellung eines geordneten Parteilebens dringend erforderlich. Da indessen die Gewähr für eine ungehinderte Vorbereitung und für eine uneingeschränkte Aussprache auf einem Parteitage zurzeit nicht gegeben ist, empfiehlt der Parteiaussschuß dem Parteivorstande die Einberufung einer Konferenz der Parteiorganisationen, um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen. (Gegen zwölf Stimmen angenommen.)

Sozialdemokratie und Regierung.

Ueber das gegenwärtige Verhältnis der Sozialdemokratie zur Regierung werden immer wieder ganz falsche Auffassungen verbreitet. Von der äußersten Rechten wird die Sache so dargestellt, als ob sich die Regierung ganz im Banne der Sozialdemokratie befände, und die Gefahren, die daraus entspringen sollen, werden mit grellen Farben an die Wand gemalt. Von der äußersten Linken dagegen wird behauptet, die Sozialdemokratie habe sich unter Preisgabe ihrer sämtlichen Grundzüge der gehorjamen Schutztruppe der Regierung gewandelt und sei allezeit bereit, auf deren Kommando hierhin oder dorthin einzuschwenken.

Für die äußerste Rechte, die Herrn v. Bethmann gern durch einen Mann nach ihrem Herzen ersuchen möchte, fehlt dem Reichskanzler zum richtigen Sozialdemokraten nur noch das Mitgliedsband. Für die äußerste Linke dagegen ist dieser selbe Reichskanzler ein exzentrischer Eroberungspolitiker.

Die äußerste Rechte will dem Kaiser nahelegen, daß der Reichskanzler, der mit der Sozialdemokratie paktierte, seines Vertrauens nicht mehr würdig sei. Die äußerste Linke will in gleicher Weise die Sozialdemokratie um das Vertrauen der Massen bringen, und stellt sie darum als gehorjame Gefolgschaft des Reichskanzlers dar. Von beiden Seiten werden zu verschiedenen Zwecken die Tatsachen entstellt, wird die Deffentlichkeit irreführt.

Es braucht nicht erst näher dargelegt zu werden, daß in der Zeit des Weltkrieges die Fragen der auswärtigen Politik allbeherrschend im Vordergrund stehen. Die Sozialdemokratie will, wie sie am 4. August 1914 erklärt hat, diesen Krieg als einen Verteidigungskrieg führen, und ihn als solchen sobald wie möglich beenden. Sie will natürlich, daß die Regierung dieselbe Politik treiben soll, die sie selber für die richtige hält; denn heute kommt es nicht darauf an, ohne jede Hoffnung auf einen Erfolg Programme zu vertreten, sondern so rasch und durchgreifend wie möglich auf die Welt der Tatsachen einzuwirken.

Bestände heute die Möglichkeit, die im Amte befindliche Regierung durch eine andere zu ersetzen, die schärfer und eindeutiger auf reine Verteidigungs- und Friedenspolitik eingestellt ist, dann würde die Sozialdemokratie alle Mienen springen lassen, um in dieser Richtung zu wirken.

Nun weiß aber jeder Zeitungsleser, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Die Regierung hat sich durch den berühmten Satz der Thronrede vom 4. August „Uns treibt nicht Eroberungslust“ und durch zahlreiche Äußerungen gleicher Richtung zur Verteidigungspolitik bekant. Sie hat dann allerdings durch mancherlei vieldeutige Äußerungen diese klare Linie wieder einigermaßen vermischt. In diesen Widersprüchen, diesen Verflüchtungen besteht der Differenzpunkt zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung.

Noch schärfer aber hat sich inzwischen der Gegensatz zwischen der Regierung und den unbedingten Annerktionisten entwickelt. Und

wenn der Reichskanzler heute tiele, so wäre das kein realpolitischer Erfolg für Haase oder Rosa Luxemburg, sondern ein sehr realpolitischer für Rapp und Junius alfer. An Stelle Bethmanns träte dann nicht ein unbedingter Friedenskanzler, sondern im Gegenteil ein Mann, von dem wir die schlimmste Befürchtung hegen müßten.

Darum glaubt sich die Sozialdemokratie in allererster Reihe gegen diejenigen Stellen richten zu müssen, die eine der ihnen am stärksten entgegengesetzte Politik treiben, und von denen heute die schwerste Gefahr droht. Ganz ähnlich hat die Sozialdemokratie übrigens auch schon im Frieden gehandelt, z. B. wenn sie dem früheren Reichskanzler Caprivi seine Handelsverträge gegen die Agrarier durchsetzen half. Eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Caprivi und der Sozialdemokratie in handelspolitischen Fragen hat deshalb nicht bestanden, ihr Bestehen ist auch nicht behauptet worden.

Wie steht es nun mit der schon erwähnten Differenz zwischen der Sozialdemokratie und Bethmann in der Kriegszielpolitik. Liegt es wirklich im Interesse eines baldigen Friedens, zu behaupten, die deutsche Regierung habe durch ihre bekannter vieldeutigen Äußerungen die reine Verteidigungspolitik endgültig aufgegeben und sei in das Lager der Annerktionisten eingeschwenkt? Zwischen ihr und ihren bürgerlichen Gegnern beständen keine grundsätzlichen Gegensätze, sondern nur Meinungsverschiedenheiten über das Maß des Erreichbaren?

Liegt es nicht vielmehr im Interesse eines baldigen Friedens, der Regierung den Weg zu einem Frieden der Selbstbehauptung, zu einem Frieden ohne Eroberungen offenzuhalten, und zugleich dem Ausland immer wieder zu zeigen, daß dieser Weg offensteht? Es so auszulegen, als wäre durch die Erklärungen der deutschen Regierung der Weg zu einem Kriegsende vor dem allgemeinen Weisheitsrat verrammelt, das mag den taktischen Zwecken der äußersten Linken passen, der Sache des Friedens wird aber dadurch namenloser Schaden zugefügt.

Zweierlei Fehler muß die Sozialdemokratie vermeiden. Sie darf das Ausland nicht in dem Glauben bestärken, daß es einen Frieden ohne Demütigung vor Deutschland nicht haben kann, denn damit hilft sie nur den Annerktionisten und Kriegsverlängerern von der feindlichen Seite. Und zweitens darf sie keine Politik treiben, durch die sie den Gegnern des Reichskanzlers von der äußersten Rechten die Macht in die Hände spielen würde.

Eine solche falsche Politik möchte manchen für den Augenblick vielleicht gefallen, am Ende würden aber auch sie am eignen Leibe die Wirkungen spüren, die sie zur Folge hat. Die Sozialdemokratie treibt die Politik, die sie treiben muß, wenn sie ein unendliches Wachstum des Unheils, das über die Welt herabgebrochen ist, verhindern, wenn sie dem Frieden nicht mit leeren Worten, sondern mit Taten dienen will.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Fiasco der Jenjur.

Die „Tägliche Rundschau“ bringt einen Artikel, überschrieben „Vom Burgfrieden und Kriegszielen“, in dem sie auseinandersetzt, daß mit der Jenjur das gewünschte Ziel in keiner Weise erreicht worden ist. Diese Feststellung begründet das Blatt in folgender Weise:

„Es müßte auch den unbedingten Verfechtern der strengsten Gebundenheit der öffentlichen Meinung die Frage nahelegen, was denn mit dieser Fesselung eigentlich erreicht worden ist. Ist das Vertrauen zur Regierung, das im August 1914 selbstverständlich erschien, erhalten und gestärkt worden? Sind sich die Parteien näher gekommen? Hat das Ausland unser Schweigen über Kriegsziele als eine Bereitschaft zu einem vernünftigen, ehrenvollen Frieden aufgefaßt oder nicht vielmehr entweder als die Verheimlichung ungeheurer Eroberungspläne oder als das Bewußtsein, daß wir besiegt sind oder unter Besiegtwerden erwarten? Eine selbst in bescheidenen Grenzen gehaltenen Aussprache sollte eine Verlängerung des Krieges und Wahrung der Kampflust der Feinde zur Folge haben; die freie Aussprache ist unterblieben und der Krieg dauert zwei Jahre und läßt noch kein Ende ersehen. Unsere Feinde aber haben weder ihren Haß noch ihre Vernichtungsbegier gedämpft, und wenn sie über die Möglichkeit, uns niederzuringen, heute etwas kühler denken, so verdanken wir das den unsterblichen Taten unserer Armees und dem guten Willen des Volkes, durchzuhalten, nicht aber der Schweigepolitik. Die Engländer mit ihrer ziemlich freien und unbefümmerten Aussprache haben

Mein Onkel Benjamin.

Erzählung von Claude Tillier.

24. Fortsetzung.

Du hast kein Geld, mein armer Benjamin? Das ist schlimm. Das ist doppelt schlimm, denn ich wollte dir einen goldenen Handel vorschlagen.

Schlag immerhin vor, sagte Benjamin.
Der Wikar Diharos will ein Färgen Burgunder, das ihm eine seiner Betischwestern zum Präsent machte, loschlagen, weil er einen Katarrh, und der Doktor Arnold ihn auf Tee gesetzt hat. Da seine Diät lange dauern wird, hat er Angst, sein Wein könnte verderben. Er bestimmt das Geld für die Einrichtung einer armen jungen Witwe, die ihre letzte Tante verloren hat. Also schlag ich dir einen guten Handel vor, der zugleich eine gute Handlung ist.

Ja, sagte Benjamin, das ist keine leichte Sache, eine gute Handlung, die guten Handlungen sind teuer, die verrichtet nicht, wer will. Indessen, was ist deine Meinung in Beziehung auf den Wein?

Ausgezeichnet! sagte Pagina, indem er mit der Zunge gegen den Gaumen schnalzte; er ließ mich kosten davon, es ist Souaire erster Qualität.

Und wie viel will der tugendhafte Diharos dafür?

Sieben Taler, sagte Pagina.

Ich habe nur sechs Taler; wenn er ihn um sechs Taler geben will, ist der Handel abgeschlossen.

Sieben Taler, nehmen oder lassen. Sieben Taler, um eine arme Witwe dem Elend zu entreißen und vor dem Verderben zu bewahren, du wirst zugestehen, daß das nicht zu viel ist.

Aber wenn du einen Taler hättest, erwiderte mein Onkel, könnten wir ihn zu zweit kaufen.

Ah, sagte Pagina, es sind wohl vierzehn Tage her, daß ich keinen zu Gesicht bekommen habe. Ich glaube, die Gelder haben Furcht vor Herrn von Calonne, sie ziehen sich zurück.

Jedenfalls nicht zu den Ärzten, sagte mein Onkel. Also ist nicht mehr an dein Färgen zu denken.

Statt aller Antwort ließ Pagina einen schweren Seufzer aus. In diesem Augenblick erschien meine Großmutter mit einer roten Leinwand, welche sie in den Armen trug wie ein Jesuskind. Sie legte die Leinwand meinem Onkel voll Begeisterung auf die Knie.

Schau, Benjamin, sagte sie zu ihm, da hab ich einen vorzüglichen Handel gemacht; ich habe diese Leinwand heute morgen auf einem Gange über den Markt ins Auge gefaßt. Du brauchst keinen und ich hab gleich, daß sie für dich passe. Frau April hat einen Taler darauf geboten und den Händler lassen; ich hab sie, wie sie ihm nachschaffte, ich hab gleich, daß sie

die Abicht hatte, ihn zurückzurufen. Laßt sehen eure Leinwand, sagte ich zugleich zum Bauern. Ich bot ihm zwanzig Taler dafür, und hätte nicht geglaubt, daß er mir sie um den Preis lassen würde. Die Leinwand ist fünfundsanzig Taler wert wie einen Pfennig; und Frau April ist wütend auf mich, daß ich ihr in den Handel stand.

Und diese Leinwand, rief mein Onkel, hast du gekauft? gekauft!

Gekauft! sagte meine Großmutter, welche das Aufbrausen Benjamins nicht begriff. Es ist nicht rückgängig zu machen; der Bauer ist unten und wartet auf sein Geld.

Nun, so geh zum Teufel! rief Benjamin, indem er den Ballen zu Boden warf, daß er durchs Zimmer rollte, du und — das heißt — nein, teure Schwester! ich bitte um Entschuldigung, geh Sie nicht zum Teufel, das wäre zu weit; aber bring Sie Ihre Leinwand dem Händler, ich habe kein Geld, sie zu bezahlen.

Und das Geld, das du diesen Morgen von Herrn Rambjjes erhalten hast, sagte meine Großmutter.

Mein Gott! dieses Geld gehörte nicht mir: Herr von Rambjjes hatte mir's zu viel gewidmet.

Wie zu viel? erwiderte meine Großmutter, indem sie Benjamin mit großen Augen anschaute.

Nun ja! zu viel, teure Schwester, zu viel, hörst du, zu viel; er schickte mir fünfzig Taler für eine Operation von sechs Talern, verstehtst du endlich?

Und du wartest so einfüllig, ihm sein Geld zurückzuschicken? Wenn mein Mann mir einen solchen Streich gespielt hätte!

Ja, ich war so einfüllig; was will Sie, nicht jedermann kann so viel Verstand haben, als Sie von Beihzur verlangt. Ich war so einfüllig, und ich bereue es nicht; ich will nicht dir zu Gefallen einen Marktstreiter aus mir machen. Mein Gott! mein Gott! welche Mühe hat man doch hienieden, ein rechtschaffener Mann zu bleiben! unsere Nächsten und Liebsten sind die ersten, die uns in Versuchung führen!

Aber, Ungläublicher, es fehlt dir an allem; du hast kein ordentliches Paar Strümpfe mehr anzuziehen, und während ich deine Hemden auf einer Seite flide, gehen sie auf der anderen in Fäden.

Und weil meine Hemden auf der einen Seite in Fäden gehen, während du sie auf der anderen flidest, soll ich die Redlichkeit hintansetzen, nicht wahr, teure Schwester?

Aber wann wirst du deine Gläubiger zahlen?

Wann ich Geld habe, einfach; ich verbiete dem Reichsten, mehr zu tun.

Und der Leinwandhändler, was soll ich dem sagen?

Sag ihm, was du willst; sag ihm, daß ich keine Hemden trage, oder daß ich dreihundert Tugend in meinen Schränken habe; so kann er denjenigen der beiden Gründe wählen, welcher ihm am meisten zusagt.

Geh, mein armer Benjamin, sprach meine Großmutter, indem sie ihre Leinwand forttrug, du wirst trotz all deines Verstandes dein Lebtag ein Dummkopf bleiben.

Im ganzen, sagte Pagina, als meine Großmutter die Stiege hinab war, hat deine teure Schwester recht, du treibst die Ehrlichkeit bis zur Einfülligkeit.

Mein Onkel sprang lebhaft auf und sagte den Advokaten beim Arme, den er mit seiner Eisenhand drückte, daß dieser bei nahe aufschrie.

Pagina, sagte er, das ist nicht bloß Ehrlichkeit, das ist ein edler und rechtmäßiger Stolz; das ist Achtung nicht allein gegen mich selber, sondern auch gegen unsere arme unterdrückte Klasse. Soll ich diesem Krautjunker sagen lassen, er habe mir eine Art Trümpfel geschickt, und ich habe es angenommen? Soll ich sie, deren Wappenschilder nur Bettelzeichen sind, in den Stand setzen, uns den Vorwurf der Beterei heimzugeben, den wir ihnen so oft gemacht haben? uns zu sagen, daß auch wir Almosen empfangen, sobald man uns nur welche geben will? Hör, Pagina, du weißt, ob ich den Burgunder liebe; du weißt auch, nach dem, was meine teure Schwester soeben gesagt hat, ob ich Hemden brauche; aber um alle Weinberge Burgunds und um alle Hanfäcker Brabant's wälte ich nicht, daß es in der Untmenschlichkeit einen Blick gäbe, vor dem ich den meinigen niederzulegen müßte. Nein, ich behielte dieses Geld nicht, und wenn ich es brauchte, um mein Leben damit loszukaufen. An uns Männern von Herz und Bildung ist es, dem Volke Ehre zu machen, in dessen Mitte wir geboren sind; von uns muß es lernen, daß man nicht von Adel zu sein braucht, um ein Mann zu sein; wir müssen ihm zeigen, daß es sich durch Selbshachtung aus der Erniedrigung erhebt, in die es verlanf, und daß es endlich Zeit ist, zu dieser Handvoll Tyrannen zu sagen: Wir sind so viel wert wie ihr, und wir sind mehr an Zahl als ihr; warum sollten wir länger eure Sklaven sein, und warum solltet ihr fürder unsere Herren bleiben? O Pagina! möchte ich diesen Tag sehen und Tresterwein trinken mein Leben lang!

Das ist alles schön und gut, sagte Pagina; aber das alles schaffst uns keinen Burgunder.

Sei ruhig, Immerdurst, du sollst nichts dabei verlieren: Sonntag gebe ich mit diesen sechs Talern, die ich aus dem Schlande des Herrn von Rambjjes gezogen habe, ein Gabelfrühstück, und beim Marktisch erzähl ich euch ihre Geschichte. Ich will zugleich an Herrn Minzit schreiben. Der Archib kann ich nicht einladen, in Anbetracht, daß ich nur sechs Taler auszugeben habe, es wäre denn, daß er tüchtig zu Mittag essen wollte an diesem Tage; aber wenn du Rappel, Parlanta und die anderen vor mir siehst, benachrichtige sie, damit sie sich nicht anderswo verlagern.

Ich muß logleich beifügen, daß dieses Frühstück, weil Herr Minzit nicht dabei erscheinen konnte, auf den anderen Sonntag verschoben und dann auf unbestimmte Zeit verlagert wurde, da mein Onkel in die Lage geriet, sich von seinen sechs Talern trennen zu müssen.

(Fortsetzung folgt.)

... durch sie keine Nachteile gehabt und wie es scheint, auch Auf-
land nicht, daß seiner Presse eine Kritik der Regierung erlaubt,
die bei uns unerhört wäre. Bei uns aber ist viel Vertrauen
und wertvolle Gesinnung gemeinhin oder beirrt worden —
ähnlich. Wenn die Regierung heute die Zensur abbaut, so kann
man das begrüßen, aber der Regierung nicht unrecht geben,
wenn sie es mit Vorsicht tut; denn die Lage ist eine andere ge-
worden, nicht zuletzt durch die Schuld der früher getroffenen
Maßnahmen, die fortwährend Böses mühen gebären und die
Möglichkeit einer ziemlich einheitlichen Kriegsstimmung,
die vorhanden war, erschwert haben.

Die Gegenüberstellung deutscher und russischer Pressever-
hältnisse in einem Blatte vom Schläge der „Täglichen Rund-
schau“ ist gewiß nicht ohne Interesse. Tatsächlich lassen die
russischen Bestimmungen, die halbamtlich in Deutschland ver-
breitet werden, erkennen, daß dort ein großes Maß von Frei-
heit in der Aussprache gestattet ist. Der Reichskanzler hat
in der letzten Tagung des Reichstages versichert, daß die Zu-
kunft mit einer Einschränkung der Zensur besser werden
wird, von vornherein nicht anzunehmen, weil eben jede Art
von Zensur, gleichviel, wie sie gehandhabt wird, immer ge-
eignet ist, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Wenn in
einzelnen Gebieten Deutschlands momentan der Presse eine
größere Bewegungsfreiheit zugestanden wird, so ist damit
nicht gesagt, daß das so bleibt; es kann vielmehr der
Vorgang auf eine Anweisung hin wieder eine schärfere
Handhabung der Zensur eintreten. Wirkliche Meinungs-
freiheit ist mit der Zensur, wie immer sie geartet sein möge,
nicht in Einklang zu bringen, und wer diese Meinungs-
freiheit will, der muß die völlige Aufhebung der Zensur
verlangen. Daß mit der Zensur eigentlich das Gegenteil
beabsichtigt wurde, was der Regierung vorgeschwebt haben
mag, ist eine Uebersetzung, die heute in den weitesten Krei-
sen des Volkes unbedingt geteilt wird.

Schweden und die Entente.

Vor nicht langer Zeit brachten ententefreundliche schwedische
Blätter, u. a. die liberalen „Dagens Nyheter“ und „Socialdemo-
kraten“ in Stockholm, die ziemlich erschütternde Nach-
richt, daß zwischen England und Schweden ein gegenseitiges
Einverständnis dahingehend erzielt worden sei, daß England dem
überseeischen schwedischen Handel weitgehende Erleichterungen
eingestünde habe, während Schweden andererseits dem engli-
sch-schwedischen Transitverkehr keine Schwierigkeiten mehr in den Weg
legen und die Ausfuhr schwedischer Waren, besonders Holzschiff
zur Papierbereitung, freigegeben haben sollte. Die genannten
Blätter und deren Publikum schöpften aus dieser völlig auf fa-
schigen Annahmen beruhenden Meldung die Zuversicht, daß dem
erzielten Einverständnis zwischen beiden Staaten bald ein neuer
Handelsvertrag folgen würde, der die widerwärtigsten früheren
guten Beziehungen wiederherstellen würde und zu einer intimen
angli-schwedischen Freundschaft führen würde. Ganz davon ab-
gesehen, daß die langwierigen Verhandlungen zwischen Schweden
und England über die schwedischen handelspolitischen Fragen zu
keinem Resultat geführt haben, das die Hoffnungen in den schwedischen
ententefreundlichen Kreisen zu fügen geeignet ist, und daß
das bisherige ziemlich gespannte Verhältnis weiter besteht,
hat England durch sein neuestes Vorgehen gegen die schwedische
Handelspolitik selbst den Beweis geliefert, daß es nach wie vor
als den Vorwand über den überseeischen Handelsverkehr der
neutralen Länder betrachtet und auch demgemäß verfährt.
Die Einführung des größten schwedischen Handelsdampfers
„Amerikadampfer Stockholm“, der von ihm vier Wochen
lang in einem englischen Hafen liegt und einen Teil seiner
Schiffahrt nach Schweden, trotzdem aber bisher noch nicht beigegeben
ist, und die langwierigen verärgerten untereinander Schwere-
ren, die sich die schwedische Handelspolitik von den Engländern
gefallen lassen muß, zeigen überaus deutlich, daß in dem durch den
Krieg geschaffenen Verhältnis zwischen Schweden und England
keine Besserung eingetreten ist. Das haben denn auch rechtser-
fahren die schwedischen Kreise in Schweden, und ihre bewußt-
losigen Organe, die beiden obengenannten Blätter, müssen dies
auch klar erkannt haben und machen der englischen Regierung die-
se Vorwürfe, daß sie durch ihr Verhalten Schweden gegenüber die
Zahl der Ententegegner in Schweden vermehrt. Selbst nach
Kündigung im „Socialdemokraten“ darauf aufmerksam, daß die
englische Regierung durch ihr Vorgehen gegen die schwedische
Schiffahrt wieder auf die preisgünstigen Märkte leitet, und daß der
englische Druck nachgerade fühlbar und unangenehm werde,
als der des preisgünstigen Militarismus, unter dem Europa leidet
zu leiden geübt habe.

Nachdem sich so die Empörung gegen die englische Gesandtschaft
in Stockholm wieder mehr erhitzt hat, nachdem es
den ententefreundlichen Kreisen eine Fehlmeldung gelang war, daß
auf die Bogen der Erregung zu geben, so hat auch die Erregung
gegen England wieder ein Schloß bekommen. In der
Mittwoch des 20. September haben die in Stockholm ver-
samelten schwedischen Neutralisten durch die ein-
seitigen Kriegsschiffe und ganz besonders die Zerstör-
ung von 20 schwedischen Schiffen in der schwedischen
Bucht bei Beginn des Krieges ihren Heereszuge bekräftigt
und gleichzeitig Aufhebung des schwedischen Neutralitäts-
rechts abgelehnt hat. Neben dem Schweden der die schwedischen
Neutralisten dadurch erregt, daß die Schweden zum Handels-
verkehr entgegen sind, besteht auch die Gefahr, daß die Schweden
überzeugt werden, da der Neutralität von ihrem Neutralitäts-
recht zu den Schweden zurück zu kehren. England unterliegt die
Heereszuge der Schweden mit der Absicht, daß es keine Unterwerfung
bei der notwendigen Unterwerfung der schwedischen Neutralität
Handelspolitik machen kann. Wegen der die schwedischen Schwere-
ren über verhalten, deren Namen im folgenden nicht
aufgeführt sind, es bei einigen guten Wörtern ein Zeugnis
für die unzureichende Regierung, die die Handelspolitik über
wachen sollten, die Empörung der schwedischen Neutralisten
wäre dabei nicht im geringsten beendigt.

Der andere Grund ist die Verletzung der Neutralitäts-
pflichtigkeit Schwedens, die in der letzten Zeit gegen
den Krieg zurückzuführen hat und welche die Unterwerfung der
beiden deutschen Dampfer „Lübeck“ und „Drona“ am Anfang
des Krieges noch besonders geeignet war, eine große Er-
regung des schwedischen Volkes hervorzurufen. Unter anderem
wurde behauptet, daß am 1. März der Dampfer „Lübeck“
„Drona“, sondern auch der schwedische Dampfer „Drona“
gegriffen worden, und das alles geschah innerhalb des Neutralitäts-
rechts. Seitens der schwedischen Regierung wurde
eine große Unterwerfung vorgenommen und durch die
in Stockholm eine empfindliche Furcht gegen die entente-
freundliche Neutralitätsverletzung. In dieser Zeit hat die Unter-
werfung des Dampfers, aber die verbotene Unterwerfung hat die
empfindliche Unterwerfung nicht mehr gegeben. Die Unterwerfung
wurde aber nicht zu einer empfindlichen Unterwerfung
geführt, als am Dienstag die Nachricht über einen neuen, jetzt
einigen Unterwerfung der schwedischen Neutralisten bekannt wurde,
welche die Unterwerfung des schwedischen Handelsdampfers
„Lübeck“, die ebenfalls auf schwedischen Gebiet erfolgte. Der
schwedische Dampfer, den dieser Tage hat in Schweden herum-
gefahren hat, wird nach dem Bericht, daß die Unterwerfung des
Dampfers in großer Lebensgefahr geriet und am Freitag das schwe-
dische Kriegsministerium eine entsprechende Unterwerfung
bekam, das am Freitag mit dem Schweden des schwedischen Kriegs-
ministeriums geflohen werden muß, gerettet wurde.

Das Verhalten der Neutralisten und die Kritik an dem schwedischen
Verhalten hat in Schweden wieder einen großen Eindruck hervor
gerufen. Die schwedischen Neutralisten, die England er-

läßlich der Erregung wegen der Befestigung der Landsinseln ge-
geben hatte, werden überall im Lande angezweifelt, und die
Forderung, die schwedische Regierung möge nun endlich einmal
energisch gegen England auftreten, findet ungeteilte Zustimmung
in allen Kreisen des Volkes. Das „Stockholmer Dagblad“ gibt
der allgemeinen Stimmung einen treffenden Ausdruck, wenn es
schreibt, daß die in Frage stehenden Ereignisse den Beweis liefern
von dem mangelnden Willen oder der Fähigkeit der russischen
Schiffsoffiziere, die völkerrechtlichen Regeln zu respektieren. Rus-
land müsse unerbittlich eine vorbehaltlose Gerugtung geben,
wenn ihm an den guten Beziehungen zwischen beiden Ländern
etwas gelegen sei.

Zur Aufhebung der Londoner Deklaration.

Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß nicht allzu-
viele, wenn sie von der nun aufgehobenen Londoner Seerechts-
deklaration hören, auch wissen, was sie sich dabei zu denken haben.
Einige Aufklärung dürfte daher erwünscht sein. Die Haager Kon-
ferenz von 1907 hatte einen Vrijenhof in Aussicht genommen,
und da es durchaus fraglich war, auf welchen Rechtsgrundlagen
das Verfahren dieses Vrijenhofes sich bewegen sollte, fand um
die Jahreswende 1908/09 in London eine mehrere Wochen
dauernde Seerechtskonferenz statt, an der England, Deutschland,
Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Spanien, Italien, Japan, Holland,
Rußland und die Vereinigten Staaten teilnahmen. Die „Lon-
doner Deklaration“ vom 26. Februar 1909 ist das Ergebnis dieser
Konferenz. Sie wurde von den Vertragsschließenden bis zum Aus-
bruch des Weltkrieges nicht gültig gemacht, das englische Ober-
haus beschloß sogar im Dezember 1911, die Deklaration abzu-
schließen. Nach dem einleitenden Artikel aber sollten die vertrag-
schließenden Mächte schon auf Grund ihrer Einigung die Vor-
schriften der Deklaration als allgemein anerkannte Grundsätze
des internationalen Rechts beachten. Tatsächlich hat Deutschland
diese Grundsätze in die deutsche Vrijenordnung vom 30. September
1909 aufgenommen. Noch am 30. August 1914 sprach eine englische
„Order in Council“ aus, daß die englische Seekriegs-
führung soweit als möglich in Übereinstimmung mit
der Deklaration handeln werde. Frankreich und Rußland erklärten
das gleiche.

Nun änderte aber England am 29. Oktober 1914 die Order
in Council sehr bedeutend ab, in der Hauptsache dahin, daß relative
Sanktionen nicht nur dann konstitutiert werden soll, wenn ihre
Schwierigkeit für den Feind bewiesen ist, sondern schon, wenn
der Empfänger unter der Kontrolle der feindstaatlichen Behörden
steht, was sich natürlich auf alle Einwohner des feindlichen
Staates bezieht.

Weiter hat England gleichzeitig eine Rechtsvermutung einge-
führt, daß Schiffe des Feindes der Blockade gefaßt haben, so-
bald vor ihrer Anseile die feindliche Regierung genügend Ge-
legenheit gehabt habe, um das Befahren der Blockade bekanntzu-
machen. Nach der Londoner Deklaration müßte die Regierung,
welche die Blockade verhängt, diese Maßnahme hinreichend bekannt-
machen; nach der Order in Council wird die Sorge, diese Blockade
bekanntzugeben, den feindlichen Regierungen zugeschoben.

Es ist es mit der Londoner Deklaration nicht zu ver-
einzeln, daß die britische Dominanz am 3. November 1914 die
ganze Nordsee als Kriegsgebiet erklärte. Es ist ein alter Grund-
satz, daß eine Blockade, wenn sie rechtsverbindlich sein soll, auch
öffentlich sein soll. Mit der Erklärung der Nordsee als Kriegs-
gebiet soll jedem Zweifel und jedem Streit über die tatsächliche
Wirksamkeit der Blockade vorgebeugt werden. Weiterhin wurden
in die Liste der schiffbaren Kriegsschiffe solche Gegenstände
aufgenommen, die nicht ausschließlich für den Krieg Verwendung finden.
Nun viel mehr ging England, als es Ende August 1915 Baum-
wolle als absolute Kriegsgegenstände erklärte. Denn Baum-
wolle steht als erste Position in der Liste derjenigen Gegenstände,
die nach den Artikeln 27 und 28 der Londoner Erklärung nicht als
Kriegsgegenstände beschlagnahmt werden dürfen.

Weiterhin wird durch die Londoner Deklaration für relative
Sanktionen die Lehre von der einheitlichen Reise bekräftigt. Diese
Lehre ist nur absolute Sanktionen gefaßt. Mit anderen Worten:
Relative Sanktionen, die über einen neutralen Hafen eingeführt
werden, dürfen nur dann beschlagnahmt werden, wenn ihre besondere
feindliche Bestimmung nachgewiesen wird. England hat aber auch
für relative Sanktionen die Lehre von der einheitlichen Reise
wieder aufleben lassen.

Die jetzt einseitig verfügte Aufhebung der Deklaration schafft
keine Verwirrung. Die Anwendung der Londoner Deklaration
war durch keinen bestehenden Vertrag vorgeschrieben. Sie beruhte
auf der freien Entscheidung der Staaten und lag im Sinne und
Geist des anerkannten Völkerrechts. Da aber die Erklärung in
keiner wesentlichen Punkte durchbrochen und aufgehoben war, so
erhöht die gänzliche Aufhebung als ein Gebot der Logik
und der Gerechtigkeit.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Der deutsche Dampfer von russischen Zerstörern auf schwedischem
Gebiet zerstört.

Der schwedische Zerstörer „Komet“ wurde am 20. September
in der schwedischen Bucht bei Beginn des Krieges zerstört.
Der schwedische Zerstörer „Komet“ wurde am 20. September
in der schwedischen Bucht bei Beginn des Krieges zerstört.
Der schwedische Zerstörer „Komet“ wurde am 20. September
in der schwedischen Bucht bei Beginn des Krieges zerstört.

Fortsetzung der holländischen Rederei und Seelente.

In Haag fand eine am 20. September beschlossene Versamm-
lung der Redereivereinigung für die niederländische Herings-
flotte statt. Infolge gab die aus England eingegangene Be-
richtigung über das Verhalten holländischer Herings- und Fisch-
flotten. Der Versammlung wurde mit, daß es von der Londoner Ver-
einbarung der Heringsflotte abgesehen, welche die britische
Regierung bereits 99 Schiffe beschlagnahmt und beschlagnahmt,
welche niederländischen Fischereifahrzeuge zu beschlagnahmen und
vor das Kriegsgebiet zu bringen. Die englische Regierung wolle
nicht einen Teil in Erwägung ziehen, sondern will eine ent-
scheidende Verfügung für das Beschlagnahmen der Flotte auf der
Grundlage des durchgänglichen Jahresvertrages haben. Der
Versammlung wurde, man müßte gegen die einseitige Behand-
lung durch die der niederländischen Heringsflotte der freien
Verfügung auf der freien Nordsee wehren, in energischer protestieren.
In der Versammlung herrschte eine erregte Stimmung gegen
England. Mit Zustimmung wurde eine Resolution angenommen,
da der gegen die Behauptung der niederländischen Fischer-
flotte die holländische Regierung protestiert und die Freigabe der
Schiffe, Schiffe, welche die erlittenen Verluste und nötige Frei-
heit der Nordsee gewährt wird. Die Resolution soll zur Kenntnis
des Kommandanten des Kommandanten und der englischen Be-
hörden gebracht werden.

Erneutes Protest gegen schwedische Schiffe.

Das Verhalten der Neutralisten und die Kritik an dem schwedischen
Verhalten hat in Schweden wieder einen großen Eindruck hervor
gerufen. Die schwedischen Neutralisten, die England er-

der drastische Auftrag gegeben mitzuteilen, welche in den Ver-
einigten Staaten niedergelegten Firmen auf die englische
Schwarze Liste gesetzt worden sind und aus welchen Gründen. Dieser
Schrift wurde im Anschluß an das nicht formelle Ersuchen um Auf-
klärung unternommen, das an die britische Regierung gerichtet
worden war. Die „Times“ meldet hierzu aus Washington, daß
die neutralen Staaten an die Vereinigten Staaten das Ersuchen
gerichtet haben, bei dem Widerstand gegen die britische Schwarze
Liste die Führung für die Neutralen zu übernehmen. Dieser Vor-
schlag und die Aufregung bei einem Teil des Volkes haben die
Regierung in Washington zu ihrer Stellungnahme aufgefordert. Der
amerikanische Protest soll die Form einer scharfen Erklärung tra-
gen gegen das Unrecht, das den Amerikanern angetan wurde. Der
niederländische Gesandte in Washington machte sich zum Dalmeisch
der neutralen Staaten und erklärte, daß ein niederländisches
Dampfschiff sich geweigert habe, Ladungen von einer auf der
schwarzen Liste stehenden amerikanischen Firma anzunehmen wegen
der Gefahr der Beschlagnahme des Schiffes durch England. Der
amerikanische Botschafter in London sprach im Londoner Aus-
wärtigen Amt beim Vizeadmiral vor.

Die amerikanische Regierung zog den niederländischen Vor-
schlag in Erwägung, gemeinsam gegen bestimmte Blockade-
maßnahmen der Verbündeten, namentlich gegen das Anhalten
der Freipost, vorzugehen. Wie gemeldet wird, sieht sich die
amerikanische Regierung in der Lage, den niederländischen Stand-
punkt anzunehmen.

Aus der Partei.

Verhaftungen in Eberfeld-Barmen. In der Nacht zum 21.
Juli wurden plötzlich in Eberfeld die Genossen Werner Müller,
Otto Dattin und Max Löwenstein, der sich von der russischen
Front gerade den ersten Tag auf Urlaub in der Heimat befand,
verhaftet und gefesselt, wie Kriminalverbrecher, abgeführt. Im
Laufe des folgenden Vormittags wurde nach einer nachts voraus-
gegangenen Hausdurchsuchung in der Wohnung des Genossen Redak-
teur Oskar Hoffmann und der Redaktion der „Freien Presse“, Ge-
nosse Hoffmann in militärischer Schutzhaft genommen in dem Mo-
ment, als der leitende Redakteur Genosse Otto Niebuhr seine drei-
monatige Gefängnisstrafe wegen Preßvergehens antreten mußte.

Eine Einigungs-Konferenz? Zu unserer der „Internationalen
Korrespondenz“ entnommenen Mitteilung über die geplante Ein-
igungs-Konferenz in Nürnberg schreibt die „Frankfurter Tagespost“
wie folgt: „Niemand, der eingeladen hat, autorisierte die „In-
ternationale Korrespondenz“, diese Mitteilung zu bringen, die
überdies nicht den Tatsachen entspricht. Genosse Emanuel Wurm
hat niemanden eingeladen. Die Einladung eines Dutzend Partei-
genossen zu einer Besprechung geht von bayerischen Landtags-
abgeordneten aus, die gemeinsam mit dem Genossen Adolf Braun
berieten. Sie hielten eine Besprechung mit nicht-bayerischen Ge-
nossen zur Klärung der Ansichten über den bekannten Aufruf zur
Verhandlung für notwendig. Diese Münchener Zusammenkunft
hat die Genossen Martin Segitz, Erhard Auer und Adolf Braun
und sonst niemanden beauftragt, die Einladungen zu versenden.
Dahin hat man sich entschieden, bevor in der Kontrollkommission
der Antrag auf Einberufung des Parteitag ge stellt wurde und
bevor der Parteivorstand den Parteiausschuß u. a. auch zur Er-
örterung der Einberufung des Parteitags eingeladen hat. Ueber
den Zweck der Besprechung ist den aufgeführten Genossen ge-
sprochen worden: „Es soll von Genossen verschiedener Richtungen
und aus verschiedenen Landesteilen, aber in einem engen Kreis,
ermöglicht werden, ob man nicht im Geiste des Aufrufs beruhigend
und beruhigend auf die Parteipresse, die Parteikorporationen und
möglichst auch auf die Masse der Parteigenossen einwirken
könnte.“

Aus Nah und Fern.

Schweres Bootunglück. In der Umgebung von Berlin
hat sich am Sonntag auf der Obersee ein schweres Unglück er-
eignet. Ein Personenampfer fuhr mit einem mit Aufschlägern
dicht belegten Motorboot zusammen, von dessen Insassen mehrere
ums Leben gekommen sind. Man spricht von 20 Toten,
doch liegen noch feinerlei amtliche Nachrichten vor.

Bootsunglück. Auf dem Mellensee bei Wünsdorf unter-
nahmen sechs Angehörige des Garde-Landsturm-Bataillons
„Wünsdorf“ eine Fahrt, wozu sie ein Wasserrad benutzten. Mög-
lich hörte man laute Hilferufe. Das Fahrzeug war gekentert
und seine Insassen kämpften mit den Wellen. Fünf von ihnen,
die sich am Wasserrad festhalten vermochten, konnten von auf
Kähnen zu Hilfe gekommenen Sommergäulen und Soldaten mit
Mühe gerettet werden. Feldwebel Jahnke, von der in Wünsdorf
liegenden 1. Kompanie genannten Truppenteils ging im Wasser
unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Seine Leiche konnte
noch nicht geborgen werden.

Der Mörder der Zoppoter Schulkente verhaftet. Der
Hilfsarbeiter H. Schmutz, der seinerzeit bei dem Verlu-
ch seiner Zeitsmagaz. zwei Zoppoter Schulkente ermordete und dann
entfliehen konnte, ist, nach der „Boh. Zig.“, in Pilsken ver-
haftet worden.

Für 20 000 Mk. Fleischwaren vernichtet. Donnerstag
nach: wurden, wie die „Deutsche Fleischerei-Zeitung“ berichtet,
bei einem Brande des Schlachthofes auf dem Schlachthof in Porz-
beim für 20 000 Mk. Fleischwaren vernichtet.

40 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. Nach dem
Genus von gehacktem Fleisch erkrankten in Treuenbriezen
40 Personen an Fleischvergiftung, davon mehrere sehr bedenklich.

Ein Großfeuer in Bordeaux ist nach Pariser Blättern einer
der schwersten Unglücksfälle, die die Stadt heimgesucht haben.
Ein Häusertrakt wurde fast ganz zerstört. Zahlreiche Abge-
brannte bedürfen einer städtischen Unterbringung. 24 000 Hektoliter
Alkohol sind verbrannt, mehrere Fabrikgebäude wurden vernich-
tet, u. a. ein Gebäude, das als Behausung deutscher Gefangener
diente. Der Schaden beläuft sich auf mindestens 12 Millionen
Franken.

Der Kanalunnel zwischen England und Frankreich ge-
schickt. Wie „Berliner Tageblatt“ aus Paris erfährt, ist die
Durchführung des Blancs eines Tunnels zwischen England und
Frankreich endgültig gesichert. Auf französischer Seite mündet
der Kanal bei Sauvage bei Cap Grizay, auf englischer
Seite südlich von Dover. Der Tunnel erhält eine Länge
von 60 Kilometer, wovon 39 unter Wasser liegen. Der Tunnel
erhält die Form eines Doppeltunnels. Zwischen beiden Gleisen
beträgt der Abstand 15 Meter.

Die Konjunkturfabriken am Kriege verdienen. Die Kon-
junkturfabrikt Königsutter, C. S. m. b. H., veröffentlicht ihre
Bilanz. Die Gesellschaft zählt 73 Mitglieder mit 226 Anteilen
in Höhe von 69 000 Mk. Der Gewinn aber beträgt im Jahre
1915 16, einschließlich eines Vorrats, aus dem Vorräte in Höhe
von 6 000,75 Mk., 118 396,38 Mk., er ist also fast doppelt so hoch
wie das eingezahlte Kapital. Dabei verzeichnet die Bilanz
weiter 110 000 Mk. Kriegsrückstellungen, Reservefonds 66 000 Mk.
Die ganze Fabrik, mit Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und In-
ventar, steht, nachdem im Berichtsjahre Abschreibungen in Höhe
von 13 220 Mk. vorgenommen worden sind, mit 200 834 Mk.,
ohne Grundstück, das ja nicht einverwert werden kann, mit 130 834
Mk. zu Buche. Der Gewinn eines einzigen Kriegsjahres ist also
erheblich höher, wie die ganze Fabrikantlage mit Grundstücken zu
Buche steht. Die gesamte Haftung der Gesellschaft, die
226 000 Mk. beträgt, ist niedriger, als der Gewinn eines einzigen
Kriegsjahres. Der Krieg ist doch ein wahrer Segen!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gautsich in Lubeck.